

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Abonnementpreise: monatlich frei Haus 2 RM. (halbjährlich 10 RM.), durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Abonnementgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-21 / Geschäftsstelle u. Expedition: Postfach 17259 / Postfach 17259 / Postfach 17259 Dresden Nr. 17259 / Dresden-21, Osterbahnpostamt / Telefon: 17259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

3. Jahrgang Dienstag, den 20. September 1927 Nummer 220

Aufmarsch gegen Hindenburg

Demonstrationsangebot der Berliner KPD an SPD, Reichsbanner und ADGB gegen den Hindenburg-Rummel und die Bürgerblut-Regierung

Kampf den Imperialisten!

Berlin, 20. Sept. (Eig. Drahtbericht.)

Die Parteiführung der KPD Berlin-Brandenburg und die Sektion des Roten Frontkämpfer-Bundes an den Vorstand des Verbandes der SPD Berlin-Brandenburg, an den Ortsausschuß des ADGB und den Vorstand des Reichsbanners richteten. In dem Schreiben wird diesen Organisationen der Vorschlag unterbreitet, am 2. Oktober die Arbeiterklasse gemeinsam in wichtigen Gegendemonstrationen gegen den Hindenburg-Rummel aufzurufen. In dem Schreiben wird darauf hingewiesen, daß Hindenburg am 2. Oktober wie einstmalig Wilhelm II. gefeiert wird und daß die Feiern der Proletarier mit einer Blut militärischer und imperialistischer Phrasen umhüllt werden sollen. Weiter wird das Schreiben darauf hin, daß die deutsche Bourgeoisie mit aller Kraft für einen Krieg gegen Sowjetrußland rüdt, was durch den Tannenbergrummel am Sonntag begünstigt werden sei. Die KPD schlägt deshalb vor:

1. Organisation einer gemeinsamen Demonstration gegen den Bürgerblut.
2. Erlass eines Aufrufes aller Organisationen, die sich an der Demonstration gegen den Bürgerblut beteiligen, insbesondere auch die Aufforderung an alle Eltern, ihre Kinder nicht zur Spalierbildung für Hindenburg und den Bürgerblut mitzubringen zu lassen.
3. Verpflichtung der kommunistischen und sozialdemokratischen Fraktionen, in den Stadt- und Bezirksverordnetenparlamenten den wahren Charakter der Hindenburgfeier zu entlarven und zu verhindern, daß die kommunalen Einrichtungen für die Unterstüfung der Hindenburgfeier benutzt werden.

Am Schluß des Schreibens heißt es: „Am 2. Oktober ist es nur eine Wahl: Bei Hindenburg und dem Bürgerblut oder bei dem Aufmarsch der Klassenbewußten Arbeiter.“

Die von der Bezirksleitung der KPD Berlin-Brandenburg vorgeschlagene gemeinsame Gegendemonstration gegen den Hindenburg-Rummel und die Bürgerblutfeier ist die notwendige Voraussetzung für die Arbeiterklasse gegen den imperialistischen Krieg. Die Tannenbergrummel und die Demonstration der Blutgenerale, Hindenburgs programmatische Erklärung zur Frage der Kriegsschuld, die Verleu-

zung der Reichsschuld der wilhelminischen Kaiserherrschaft eine ernste Mahnung an die Arbeiterklasse. Hindenburgs Rede und seine Erklärungen schließen die Forderung nach militärischer Ausrüstung der Hindenburg-Republik in sich ein und liegen in der gleichen Linie der Streikmanöver. So zeigt die Tannenbergfeste, wozu wir nach 8 Jahren deutscher Republik gekommen sind. So heißt es vor die Arbeiterklasse mit aller Entschiedenheit die Frage des Kampfes gegen die imperialistisch-imperialistischen Kriegsvorbereiter und damit zugleich für den Sturz der Klassenherrschaft der Bourgeoisie. Werden es die sozialdemokratischen Führer nach der Tannenbergdemonstration der Militaristen und Konterrevolutionäre widerum wagen, dem Drängen der sozialdemokratischen Arbeiter zur gemeinsamen Revolution entgegenzutreten? Werden sie, nachdem die deutschen Imperialisten durch den Generalstreik der Arbeiter der Republik erklärt haben, daß sie „wieder kämpfen und zu Felde ziehen wollen“, noch länger das Judentum und die einseitige Revolution verhindern? Sollen sie es wagen, dann müssen die sozialdemokratischen Arbeiter in dieser Situation, angelehnt an die imperialistischen Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion, mit den Kommunisten zusammenstehen. Sie dürfen nicht dulden, daß mit dem „Geist von 1914“, der in Tannenberg herausbeschworen wurde, die Arbeiter wiederum zum Kanonenhüter eines imperialistischen Krieges gemacht werden. Sie dürfen nicht dulden, daß durch die Sabotage ihrer Führer den Kriegstreibern freie Bahn gegeben wird. Auch die sozialdemokratischen Arbeiter müssen endlich erkennen, daß höher als die Autorität ihrer Führer ihnen die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes der Arbeiter gegen die Klassenfeinde und die Kriegstreiber stehen muß.

Die Reichsbannerführer für den Tannenbergrummel

Leipzig, 20. September. (Eigene Drahtmeldung.) Die Leipziger Volkszeitung teilt mit, daß der Beschluß des Gauvorstandes des Reichsbanners in Chemnitz in voriger Woche, die Beteiligung an der Tannenbergs-Veranstaltung abzulehnen, das höchste Mißfallen der preußischen Regierung und des Magdeburger Landesvorstandes des Reichsbanners hervorgerufen hat. In einer Sitzung des Gauvorstandes des Reichsbanners, in der als Vertreter der preußischen Regierung der demokratische Oberpräsident der Provinz Preußen, Siehr, und ein Bevollmächtigter des Magdeburger Landesvorstandes teilnahmen, wurde der Beschluß unternommen, den Gauvorstand umzustimmen und zur Teilnahme an der nationalsozialistischen Veranstaltung zu bewegen.

Um den Zwischenlohntarif

Zur Lohnfrage in der Dresdener Metallindustrie

Dresden, 20. September.

Der Beschluß der Betriebsräteversammlung der Dresdener Metallarbeiter hat in den Betrieben lebhaftes Echo gefunden. Mit der fortschreitenden Aufwärtsbewegung des Preisniveaus und der damit verbundenen Senkung der Reallohne wächst die Unzufriedenheit mit der geltenden, bis Ende März 1928 unfindbaren Lohnregulierung. Trotz der verhältnismäßig günstigen Konjunktur, die nach dem Bericht des Landesamtes für Arbeitsvermittlung besonders in der Metallindustrie in Erscheinung tritt, sollen sich die Metallarbeiter noch ein halbes Jahr mit dem Hungerlohn abfinden. Den Gewerkschaften ist es in den letzten 6 Monaten fast nirgends gelungen, wesentliche Lohnsteigerungen durchzusetzen. Im Gegenteil: Selbst das Statistische Reichsamt, von dem wohl ganz bestimmt nicht gesagt werden kann, daß es im Interesse der Arbeiter gefärbte Berichte veröffentlicht, muß feststellen, daß das durchschnittliche Arbeiterlohn im Januar und Angestellten vom Januar bis Mai d. J. nur ganz minimal, um 1-2 Prozent, gestiegen, und im Juni sogar gesunken ist. Diese Feststellung wird durch Zahlenmaterial erhärtet, nach dem das durchschnittliche Einkommen der Arbeiter sich im Jahre 1927 wie folgt gestaltete:

	Reichsgebiet	Industriegebiet
Januar	93,70	100,—
Februar	96,50	104,44
März	97,50	104,00
April	98,50	105,03
Mai	99,71	102,16
Juni	92,72	97,88

Der rapiden Aufwärtsbewegung der Löhne, die am stärksten in den Industriebezirken in Erscheinung tritt, steht eine am 1. Juli ermittelte Steigerung der Lebenshaltungskosten gegenüber. Das Statistische Reichsamt bezeichnet eine Verteuerung der „Ernährungslohn“ von 150,8 im Mai auf 156,8 im Juli. Zur gleichen Zeit ist der Gesamtlebenshaltungsindeks von 146,4 im April auf 148,5 im Mai und 150,0 im Juli in die Höhe geschritten. Nach krafter liegen die Dinge beim Grobhandelsindex für industrielle Fertigwaren, der eine Erhöhung von 142,0 im März auf 149,3 am 31. August d. J. aufweist. Die Tendenz der Entwicklung des letzten halben Jahres zeigt also bei aufsteigenden Lebenshaltungskosten eine rapide Senkung der Löhne, die durch die bevorstehende Weltwirtschaftliche Krise und durch die erfahrungsgemäß mit der kälteren Jahreszeit weiter anziehenden Preise noch mehr an ihrer Kaufkraft verlieren und somit die Lage der Arbeiter untragbar verschärft. Hungerlöhne und Teuerung bei anhaltend günstiger Wirtschaftslage, die die Nachfrage nach Arbeitskräften anwachsen ließ und den Prozentlohn der vollbeschäftigten Gewerkschaftsmitglieder von 77 Prozent im Januar auf 92 Prozent im Juli erhöhte, das ist das wichtigste Merkmal der Lage. Während die für die Kapitalisten über alle Erwartungen günstigen Ergebnisse der Rationalisierung Kleinstgewinne abwerfen, kennzeichnet das beständige Sinken der Reallohn die unverminderte Fortdauer der sozialen Krise als das Rationalisierungsergebnis für die Arbeiter.

Sollen in dieser Situation die Arbeiter den langfristigen abgeschlossenen Tarifverträgen „Treue“ bewahren? Sollen sie nicht trotz des Bestehens des Tarifvertrages die gute Konjunktur benutzen, um entsprechende Lohnverbesserungen durchzusetzen? Beweisen nicht die Unternehmer täglich, daß sie trotz laufender Tarifverträge bei schwebender formaler Tarifreue den abgeschlossenen Vertrag durch Lohnkürzungen, Antibeibehalten, Kürzungen der Arbeitszeiten, Betriebsstillegungen usw. durchlöchern, — wird der Lohnvertrag nicht durch die oben aufgezeigte, von den Kapitalisten betriebene Preissteigerung zur Erhöhung ihrer Profiteure selbst aufgehoben? Gegenüber diesen Unternehmernmaßnahmen „Tarifreue“ zu wahren, Rücksicht auf die Profiteure der Monopolkapitalisten zu nehmen, bedeutet den Verzicht auf die Wahrnehmung der proletarischen Klasseninteressen. Die unbedingte Tarifreue zu halten, — nach Auffassung bürgerlicher „Rechtsmoral“ einen langfristigen abgeschlossenen Vertrag auch dann noch einzuhalten, wenn die beim Abschluß des Vertrages gegebenen Verhältnisse sich veranz verändert haben, daß mit dem Fortbestand des Vertrages eine Schädigung der Arbeiterklasse eintritt, — bedeutet das

Was der „Ketter“ dem deutschen Volke kostet

Der Reichspräsident selbst bezieht ein Gehalt von 120 000 Mark, dazu Aufwandsentschädigungen von 120 000 Mark, zusammen 240 000 Mark. Ebert, der die Sache sich auch nicht billig machte, begnügte sich 1924 immerhin mit 240 000 Mark an Gehalt und Aufwandsentschädigung, also fast den gleichen Teil. Hier hat man also wahrscheinlich die vierfache Entlohnung des Lohnes der Arbeiter seit 1924 zum Maßstab der wahren Hindenburgs genommen!

„Ketter“ ist als Wohltäter der verachteten nationalen Verlogen und Institutionen aufzufassen kann, werden aus Steuergebern außerdem 75 000 Mark zur Verfügung gestellt. Der Sozialdemokrat Ebert mußte sich 1924 mit 15 000 Mark begnügen. Außerdem sind im Etat des Reichsfinanzministeriums nach 3½ Millionen untergebracht, über die gleichfalls Verfügung verfügt, und zwar zur Unterstützung an ehemalige Reichsminister und deren Hinterbliebenen, sowie zu sonstigen Anlässen und einmaligen Zuwendungen. Also die deutschen Korruptionsgelder Hindenburgs betragen 3½ Millionen plus 75 000 plus 120 000 Mark, und dazu ein Gehalt von 240 000 Mark, das Gehalt ist allein das Jahres Einkommen der Arbeiterfamilien! Die Korruptionsgelder, die dem Reichspräsidenten zur Verfügung stehen, sind allerdings keine Erlaubnis des Bürgerblutes, sondern die Sozialdemokraten haben das eingeführt. Allerdings mußte sich Ebert 1924 mit 15 000 Mark begnügen, die im Reichsfinanzetat für ihn ausgeworfen waren. Auch die Erhöhung haben die Sozialdemokraten angestrebt, denn bereits 1925 bekam Ebert 24 Millionen Mark.

Der Haushalt des Reichspräsidenten, also die Kosten für die ganze Sippe, die um ihn herumpringselt, beträgt 500 000 Mark — über eine halbe Million! Das Bureau allein besteht aus 150 Mann, hochbezahlten Beamten, mit einem Ministerialsekretär an der Spitze. Für Hilfsleistungen für Beamte

werden 33 400 Mark angefordert, für Hilfsleistungen durch nicht-beamtete Kräfte 58 890 Mark. Die Unterhaltung der Dienstgebäude beansprucht 28 000 Mark jährlich. Ebert mußte sich hier mit 6000 Mark 1924 begnügen. Außerdem hat Hindenburg es nicht verschmäht, die Weltwirtschaft so weit zu treiben, daß er nach seiner Ernennung zum Präsidenten auch keine Verwandtschaft an die Futterkrippe herantommen ließ. So ist bekannt, daß sein persönlicher Adjutant, der aus Steuergroßhändler bezahlte, sein eigener Sohn, der Major a. D. von Hindenburg, ist. Der „Ketter“ hat sich und seine Familie allerdings „gebetet“. Der Arbeiter nennt das „gesund kochen“. Dazu soll noch von den Großen der alten Soldaten das Stammschloß derer von Venedersdorf und Hindenburg-Neudorf bei Deutsch-Chehn verkauft und Hindenburg als „Morgengabe auf den Geburtstagsfest gelegt“ werden.

Was in allem kostet uns der „Ketter“ jährlich circa 4¼ Millionen Mark. Die Sozialdemokraten haben das dem „Ketter“ auch brav im Reichstag mitbewilligt mit der Begründung: Die Kosten für den Reichspräsidenten sind zwar erhebliche, erheblich gestiegen, sie bleiben aber immer noch weit zurück hinter den Aufwendungen für die früheren Monarchen.

Das alles gibt es am 2. Oktober nicht zu vergessen!

Das Wüten der Standgerichte

Roma, 20. Sept. (Eigener Drahtbericht.) Wie das litauische Kriegsministerium mitteilt, verurteilte das militärische Kriegsgericht in Lauenroge erneut gegen 22 Personen, die an dem Aufstandsbewegung beteiligt waren. 8 Angeklagte wurden zum Tode verurteilt, 9 zu lebenslänglicher Zuchthaus und 5 zu 3 bis 20 Jahren Zuchthaus. Der Hauptangeklagte wurde sofort standrechtlich erschossen.

A
Artikel
20114
ter
hier
ndjacken
Antel
Dresdener Str. 13
20100
Körner
24
20110
Die
Schule vor bei
1 neben Café
20111
er
ndlung
Ruf 29 948
20112
schen, 100
geplant
f
20113
cht
L. 2a
20114
holm
L-Bürger
20115
ollen
in Dresden
20116
haus
mann
20117
20118
20119
20120
20121
20122
20123
20124
20125
20126
20127
20128
20129
20130
20131
20132
20133
20134
20135
20136
20137
20138
20139
20140
20141
20142
20143
20144
20145
20146
20147
20148
20149
20150
20151
20152
20153
20154
20155
20156
20157
20158
20159
20160
20161
20162
20163
20164
20165
20166
20167
20168
20169
20170
20171
20172
20173
20174
20175
20176
20177
20178
20179
20180
20181
20182
20183
20184
20185
20186
20187
20188
20189
20190
20191
20192
20193
20194
20195
20196
20197
20198
20199
20200

Tarifvertrag zu einer Klassenkampfentscheidung und arbeitsschlichterliche Abmachung mit dem Unternehmer zu gestalten. Das kann und darf der Sinn des Tarifvertrages nicht sein. Das, was für die Arbeiter und für jeden Gewerkschaftler bei seiner Haltung zum Tarif bestimmend sein muß, — ist das Klasseninteresse des Proletariats. Der Tarifvertrag darf keine Frage des Prinzips, sondern lediglich eine Frage der Taktik sein. Das ist unsere Stellung, und wir Kommunisten werden dem Tarifvertrag unsere Zustimmung nur dann geben, wenn der gegebene Moment keine Möglichkeit mehr bietet, durch Kampf oder die Fortführung des Kampfes mehr zu erreichen. Wir werden dem Abschluß des Vertrages zustimmen, wenn sein Inhalt dem augenblicklichen Stande des Kampfes dienlich erscheint, — er ist für uns nichts anderes als ein Waffenstillstand, den wir benutzen, alle Maßnahmen zu treffen, die Waffe der Organisation zu schärfen, uns zu rüsten, um den Kampf fortzuführen unter für die Arbeiterschaft besseren Bedingungen, als beim Abschluß des Vertrages. Wer aber, wie es die Reformisten tun, den Arbeitern erzählt, daß man auch dem Kapitalisten gegenüber „Treu und Glauben“ wahren müsse, wer den Tarifvertrag lediglich zu einer Frage des Kuhhandelns am Verhandlungstisch stempelt, gibt damit zu erkennen, daß für ihn der Tarifvertrag das gewerkschaftliche Mittel zur Wahrung des Wirtschaftsfriedens und der „ruhigen Entwicklung“ ist. So ist die Frage der Tarifstreue zugleich die Entscheidung über die Frage: Arbeitsschlichterliche oder Klassenkampf. Und in dieser Frage müssen sich die Geister scheiden. Der Haltung der reformistischen Gewerkschaftsführer in dieser entscheidenden Frage entspricht auch ihr Eintreten für eine möglichst lange Dauer der Tarifverträge. Sie haben zumindestens in der sächsischen Metallindustrie von jeher nichts getan, um den Kampf gegen die lange tarifliche Bindung zu organisieren. Der seit März d. J. bis zum April 1923 gültige Tarifvertrag ist dafür nur ein Beispiel. Unsere Aufgabe muß sein, an den Folgen dieser Tarifpolitik den Metallarbeitern die Notwendigkeit des Abschlusses kurzfristiger Verträge nachzuweisen, wobei immer noch zu beachten sein wird, daß der Begriff kurz- oder langfristigkeit sehr relativ ist und in Zeiten fortgesetzter Preissteigerung oft schon eine 4—6wöchige Tarifdauer zu lang sein kann.

Es ist ganz klar: die Unternehmer der Metallindustrie werden sich weigern, den Forderungen der Arbeiter Rechnung zu tragen. Sie kennen ihre Pappenheimer und die grundsätzliche Einstellung der reformistischen Gewerkschaftsführer. Diese sichern die Unternehmer zunächst noch vor ersten Gefahren. Dann aber sind sich die Kapitalisten auch bewußt, daß hinter ihnen die Klassenjustiz steht, die bereit ist, den Angriff der Arbeiter auf ihre Profite mit der Drohung der Gewerkschaftsorganisationen durch Haftung für „ungelegliche Streikschäden“ zu beantworten. Die Gewerkschaftsführer haben bei den Angriffen der Klassenjustiz auf die Grundrechte der Arbeiter auf eine entschlossene Abwehr verzichtet. Sie beschränken sich beispielsweise anlässlich der Urteile im Leipziger und Hamburger Textilarbeiterkampf — wie noch in frischer Erinnerung ist — auf die leere Geste des Protestes, sie fügen sich dem Diktat der Klassenjustiz, das von ihnen benutzt wird, um den Arbeitern die Unmöglichkeit der Unterfütterung der als „ungeleglich“ erklärten Streiks nachzuweisen. So wird den Reformisten der Justizterror zum Reigenblatt ihrer im Interesse des „Wirtschaftsriedens“ gelegenen Reformpolitik.

Und wenn die Unternehmer — gezwungen durch die Bewegung der Arbeiter in den Betrieben und den Druck der Gewerkschaftsmittelglieder auf ihre Instanzen —, trotz laufender Verträge sich hier und dort doch bereit erklären, „freiwillig“ zu den tariflich festgelegten Löhnen ein geringes Almosen als „Teuerungsausgleich“ zuzugestehen, so müssen die Arbeiter erkennen, daß die Haltung der Industriellen diktiert ist von der Zwangslage, daß die brutale und offene Hervorkehrung ihres Machtstandpunktes durch Ablehnung aller Forderungen nicht im Interesse der Erhaltung der Arbeitsschlichterpolitik gelegen ist und zu einer wesentlichen Verschärfung des Klassenkampfes führen würde. Auch die Industriekapitäne haben besonderes Interesse daran, den Reformisten mit geringen Zugeständnissen und scheinbaren „Erfolgen“ die Möglichkeit der Verschärfung der Aufgaben der Wirtschaftskampforganisationen der Arbeiterklasse zu geben, um so die Gewerkschaften weiter als Stützpunkte der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu erhalten. So kommen die Schachergeschäfte zustande, — das sind die Folgen reformistischer Tarifpolitik, gegen die der Kampf geführt werden muß. Das ist das Hauptmoment, worauf es ankommt, und was bei den Diskussionen in den Betrieben um den Zwischenlohnstarif in der Metallindustrie in den Vordergrund gerückt werden muß.

Vom Völkerbundtheater
Deutschland im englischen Schlepptau
Genf, 20. September. (Eigene Drahtmeldung.)
Die polnische Resolution, aus der bekanntlich alles gestrichen wurde, was noch irgendwie an den geplanten Ostkarnopakt erinnert, wurde gestern vormittag in der 3. Kommission der Völkerbundesversammlung angenommen. Nach der Bildung einer Unterkommission für die Resolution Holland und Norwegen hielt der deutsche Delegierte Graf Brodorski eine lange Rede zur Absträngungsfrage, in der er sich gegen die Resolution Paul-Boncourts wandte und deutlich zu verstehen gab, daß die deutsche Delegation diese Resolution ablehne. Graf Brodorski brachte im Namen der deutschen Delegation eine eigene Resolution ein, in der der Rat aufgefordert wird, die Konferenz zur Begrenzung der Rüstungen vor der 9. offiziellen Tagung der Völkerbundesversammlung einzuberufen. Im übrigen entspricht die Resolution den Gedankengängen des englischen Imperialismus.

Goldene Hindenburg-Worte
„Es muß sein. Wir rechnen mit dem Kriege mit Amerika und haben alle Vorbereitungen getroffen. Schlechter kann es nicht werden... Wir sind gerüstet, um allen Eventualitäten zu begegnen, gegen Amerika, Dänemark, Holland und auch gegen die Schweiz. Wir würden uns später Vorwürfe machen, wenn wir die Gelegenheit verpassen.“ (Hindenburg in der Erklärung für den verhängten U-Boot-Krieg.)
„Es ist ein Jammer um Hindenburg... Es ist ein Wid, das Gott erbarm... Sammel hi!“
(Der deutschstämmige Wulle in einem Informations-Schreiben Nr. 54 vom 15. April 1923.)

Der Metallarbeiterkampf in Göttingen

„Wir werden ohne den Schlichter fertig.“
Göttingen, 19. Sept. (Eig. Drahtmeldung.)
Die am 16. September stattgefundenen Schlichtungsverhandlungen über den Lohnstreik in der Göttinger Metallindustrie sind ergebnislos verlaufen. Der Schlichter vertagte die Verhandlungen auf den 20. September und forderte die Parteien auf, ihre Beisitzer für die Schlichtungskammer zu benennen. Der DMB Göttingen gab durch seinen Vertreter, Genossen Kaufmann, folgende Erklärung ab:
„Der DMB lehnt das Eingreifen des staatlichen Schlichters in dem Göttinger Lohnkampf ab und erklärt, daß die vom Schlichter für sein Eingreifen vorgebrachten Gründe nicht stichhaltig sind. Der DMB ist sich schon jetzt darüber klar, daß auch der Schlichter die aufgestellte Forderung von 20 Prozent nicht erfüllen wird. Diese Forderung ist jedoch angesichts der allgemeinen Verteuerung eine Mindestforderung. Nachdem die Unternehmer durch ihr lächerlich geringes Angebot gezeigt haben, daß sie die Arbeiter in provozierender Weise verhöhnen wollen, gibt es für den DMB und die Göttinger Metallarbeiter nur den Kampf mit dem Unternehmer. Wir sind gewillt, mit dem Arbeitgeberverband ohne den Schlichter fertig zu werden.“
In der nach den Schlichtungsverhandlungen erfolgten Stellungnahme in den Betrieben erklären sich die Belegschaften dagegen, daß der DMB zu den erneuten Verhandlungen Beisitzer stellt. Allgemein wurde beschlossen, den Druck auf die Unternehmer noch zu steigern und weitere Betriebsgruppen in den Streik zur Verbreiterung der Kampffront treten zu lassen.

Schlichterentscheidung im Textilarbeiterkampf
Wie uns aus Jilka berichtet wird, ist nach den ergebnislosen Verhandlungen in dem Lohnstreik der sächsischen Textilindustrie ein Schlichtungsverfahren vor dem Landesrichter eingeleitet worden.

Neue Lügenmeldungen

Moskau, 17. September.
Die ausländische Presse verbreitet vor kurzem falsche Nachrichten über angebliche Arbeiterunruhen in Wladiwostok und Penningrad. Die Vagenhaftigkeit der Meldungen geht schon aus den angeführten Gründen hervor, die die angeblichen Unruhen verursacht haben sollten. So ist der Grund der angeblichen Unruhen in Wladiwostok laut Wladischer Meldung, die durch eine englische Nachrichtenagentur verbreitet wurde, die Weigerung der Sowjetregierung, den Achtundzestag einzuführen. Die Absurdität der Meldung geht aus der Tatsache hervor, daß der Achtundzestag in der Sowjetunion gesetzlich festgelegt ist und daß dessen Ueberkreuzen bestraft wird. Ebenso lächerlich sind die Meldungen über einen Streik der Arbeiter der Penningrader Elektrizitätswerke und über angebliche Zusammenstöße zwischen Streikenden und Soldaten. In Penningrad werden gegenwärtig große Elektrifizierungsarbeiten durchgeführt ohne Verlust auch nur eines einzigen Arbeitstages, wobei kein Grund für die Unzufriedenheit der Arbeiter vorhanden ist, deren Löhne im Vorjahre sich über das Vorkriegsniveau erhöht haben.

Die Lügenmeldungen über die Arbeiterunruhen ist nur ein Teil der brechtangelen antikomunistischen Vorkampanjekompanie, die in der letzten Zeit im Zusammenhang mit dem Bruch zwischen England und der Sowjetunion und mit der antikomunistischen Kampagne in Frankreich verfaßt wird.

Unerhörte Urteile der französischen Klassenjustiz

Der antimilitaristische Kampf der KP Frankreichs
Paris, 18. September.
Das Pariser Strafgericht hat gestern mehrere Führer der französischen kommunistischen Partei wegen Aufreizung des Militärs zum Ungehorsam zu empfindlichen Geldstrafen und mehreren Jahren Gefängnis verurteilt. Der Verwalter der Humanité, Gen., wurde verurteilt zu zwei Jahren Gefängnis und 3000 Franken Geldstrafe, der kommunistische

Abgeordnete Ciomamus zu vier Jahren Gefängnis und 3000 Franken Geldstrafe, der Verwalter der Zeitung Die Quatrième zu vier Jahren Gefängnis und 3000 Franken Geldstrafe, der frühere Verwalter der Humanité, Gen., zu zwei Jahren Gefängnis und 3000 Franken Geldstrafe, der Verwalter der kommunistischen Zeitung L'Éclair und der Verfasser eines Artikels in dieser Zeitung zu je drei Jahren Gefängnis und 3000 Franken Geldstrafe.

Diese Schreckensurteile werden unsere französischen Genossen nicht abhalten, trotz alledem ihre revolutionäre Pflicht gegen den Imperialismus zu erfüllen. Wir grüßen sie in der brüderlichen Kampfsgemeinschaft!

Das Ergebnis der irischen Wahlen

London, 19. September.
Die Ergebnisse der irischen Landtagswahlen liegen nunmehr nahezu vollständig vor. Danach ist der Stand der Parteien folgender:
Regierung 53
Unabhängige 11
Farmer 4
zusammen 68 Mandate für den Regierungsbund;
de Valera 50
Arbeiterpartei 11
Nationale Liga 2
zusammen 63 Mandate der Opposition.

Damit verfügt der Regierungsbund bisher über eine Mehrheit von 5 Stimmen. Es erscheint zweifelhaft, ob diese Mehrheit sich durch die noch ausstehenden wenigen Mandate erhöhen wird. Von Regierungsseite ist bisher keinerlei Mitteilung darüber veröffentlicht worden, ob Cosgrave angesichts der wenig befriedigenden Ergebnisse der Wahl weiter im Amte bleiben werde. Auch englischerseits wird das Ergebnis außerordentlich bedauert, da der irische Staat die Kosten der unbefriedigten Wahl zu tragen haben werde, in Form von hohen Zinsen für die unermessliche Anleihe.

Vom Tage

Gelungene Fernsprecherprobe Berlin—M.
Berlin, 19. September. (Telunion.) Zwischen Berlin und Penningrad haben kürzlich telephonische Versuche mit gutem Ergebnis stattgefunden, die die einer ständigen Fernsprecherleitung erwiesen haben, wie und wann diese neuen Linien dem öffentlichen Nutzen geben werden können, bleibt weiteren Verhandlungen

Ein Juwelengeschäft in Berlin ausgeplündert
Berlin, 19. September. (Telunion.) Nach den Abwurfsgeleitern am hellen Tage ein Einbruch in ein Juwelengeschäft in der Friedrichstraße verübt. Mittels Nachschlüssel gelang es dem Einbrecher Eingang in ein daneben unterirdisch gelegenes Geschäft zu finden. Hier durchsuchte er die Juwelenschätze in so in den Verkaufsraum des Juweliers, um die Schaufensterauslage im Werte von 7500 Mark. Ein Dieb hat man bisher noch nicht auffinden können.

Ein Auto vom D-Zug überfahren — drei Personen
Hannover, 19. September. (Telunion.) Heute überfuhr der D-Zug 117 auf der Strecke Bremen—Hannover vor Wunsdorf einen Personentransportwagen, von dem drei getötet und zwei schwer verletzt wurden. Die Bahnübergangsbauarbeiten waren nicht geschlossen. Die U-Brücke ist eingestürzt. Die Getöteten sowie die Verletzten im Hannover-Linden.

Raubmordversuch an einem Kraftwagenführer
Hannover, 19. September. (Telunion.) In der Nacht wurde gegen drei Uhr morgens in der W. eine Taxidroschke mit dem durch mehrere Schüsse getöteten Wagenführer Valenta angehalten. Die Tatmissetzung darauf schließen, daß es sich um dieselben Täter handelt, die vor einigen Monaten den Kraftwagenführer Thiesfeld ermordeten. Die Ausschüsse, daß Valenta Leben davonkommt, sind sehr gering.

Tödlicher Absturz zweier französischer Militärs
Neh, 19. September. (Telunion.) Ein französisches Flugzeug, das zu den Manövern in Saargemünd abfliegen sollte, stürzte gestern bei Wöllingen ab. Infolge der Nebel war das Flugzeug zu tief gelandete und an den hängen geblieben. Der Pilot wurde mit zertrümmerter Decke und der Beobachter als verstoßene Leiche geborgen.

Amerikanische Faschisten in Paris

Paris, 20. Sept. (Eig. Drahtbericht.)
Anlässlich der Feierlichkeiten der amerikanischen Legion in Paris und der Provinz veranstaltete die kommunistische Partei in zahlreichen Städten Protestkundgebungen. In Clugny, einer Vorstadt von Paris, kam es nach Beendigung der kommunistischen Kundgebung, an der sich ungeheure Massen der Pariser Arbeiterklasse beteiligten, zu einigen Zwischenfällen. Von den Faschisten wurden die amerikanischen und französischen Fahnen heruntergeholt. Die Polizei verhaftete 4 Personen.

Auf der Konferenz der amerikanischen Legion, die in Gegenwart von mehreren Mitgliedern der Regierung eröffnet wurde, kam es zu Anfang zu einem Zwischenfall, als aus der Mitte der Konferenzteilnehmer eine Stimme in den Saal rief: „Es lebt Sacco und Vanzetti!“ Der Kaiser, der Sekretär des Pariser Sacco-Vanzetti-Komitees, wurde sofort festgenommen und der Polizei übergeben.



Wie wir aus dem nebenstehenden Bilde erkennen, laufen die amerikanischen Faschisten („Amerikanische Legion“) mit gehöriger Mut an, um die „Donationen“, die ihnen die Pariser Arbeiterschaft bringt, entgegen zu können.

Faschistenangriff auf den Internationalen Beamtentag

München, 20. September. (Eigene Drahtmeldung.)
Bei Beginn des gestern in München eröffneten internationalen Beamtentages versuchte ein Stoßtrupp der Nationalfaschisten die Kongressöffnung zu stören. Bei diesem Versuch wurden die Faschisten von den versammelten Beamten kurzwehrt und die Luft geleert. Bei der sich darauf entzündenden Schlägerei wurden den Faschisten verschiedene Totschläger und Hundepöbel abgenommen.

Abgewehrte Faschistenprovokation

Duisburg, 20. Sept. (Eig. Drahtmeldung.)
Bei dem Stahlhelmaufmarsch, der am Sonntag stattfand, kam es zwischen einigen Stahlhelmtreibern und proletarischen Faschisten zu Zusammenstößen, bei denen mehrere Stahlhelmer verletzt wurden. Die Polizei verhaftete 30 Personen, die aber wieder freigelassen werden mußten, da die Stahlhelmer außerhändig provozierend aufgetreten waren. Der Duisburger Polizeipräsident hatte eine kommunistische Gegenmanifestation verboten.

Rote Frontkämpfer in England

Berlin, 20. Sept. (Eig. Drahtbericht.)
Wie die Moskauer Zeitung aus London meldet, hat die kommunistische Partei Englands eine Liga ehemaliger Soldaten und Frontkämpfer gebildet, die dem deutschen Roten Frontkämpferbund entspricht. Die bürgerliche Presse wendet sich scharf gegen diese neue Frontkämpferorganisation, weil sie angeblich der erste Schritt zur Bildung einer Roten Armee in England sei.

Warum muß der Beamte Mitglied der RPD werden?

Von W. Kasper.

Die kommunistische Partei ist unter den vielen Parteien Deutschlands die einzige Partei, die bemüht und...

wirklich einheitliches Beamtenrecht, menschenwürdige ausreichende Bezahlung und wirklich „freie Bahn dem tüchtigen“ kann auch die Beamtenschaft nur erreichen in der proletarischen Arbeiterrepublik.



Die Rote Presse macht dem Direktor Dampf, den Arbeitern hilft sie im Klassenkampf!

Nimm Partei!

Nimm Partei in jeder Stunde als Soldat der Revolution. Geheine Kraft schlägt jede Wunde. Stürzt den höchsten und den höchsten Thron.

Erdbeben in der Krim

(Von unserem Leningrader Mitarbeiter.)

Penningrad, 18. September 1927.

Die Erdbebenkatastrophe in der Krim hat große Verwüstungen angerichtet. Die ersten heftigen Erdstöße wurden am 11. September verspürt und wiederholten sich verheerend am 12. September.

In Jalta waren es 30 Erdstöße. Bis zum 12. September sind 108 Opfer des Erdbebens registriert (darunter 34 Schwerverwundete und 13 Tote).

In Jalta ist die Hälfte aller Gebäude beschädigt. Große Verwüstungen sind im Erholungsheim der Bauingenieure angerichtet. Viele Häuser sind vollständig zerstört.

Die telegraphische Verbindung ist zerstört. Unter den Kurgästen sind keine Opfer zu verzeichnen. Die Sanatorien und Erholungsheime arbeiten ohne jegliche Unterbrechung.

Die Flugschiffe sind unversehrt geblieben. Während des Erdbebens wurden an den gefährlichsten Stellen Aufnahmen gemacht. 2000 Kurgäste haben die Stadt verlassen.

In Simferopol wurde der erste heftige Erdstoß am 12. September verspürt (12 Uhr 14 Min. nachts). Der Boden warnte, an Donnerhall erinnerten die unterirdischen Stöße.

Das Simferopoler Observatorium anstufte eine mögliche Wiederholung der Erdstöße. Die Polizei war an Bläse und warnte die Flüchtlinge vor einer sofortigen Rückkehr.

Der Schuldienst (Ueberwachung der sozialen Wohnstätten) wurde sofort organisiert, um dem aufgelauchten Raubgeföhnel das Handwerk zu legen.

In Simferopol sind viele Häuser eingestürzt (die Hotels Djalita, Oceanda, der Klub „I. Mai“ und andere). Das große Palais in Livadia hat Risse in den Wänden bekommen.

Im Sanatorium „Die Rote Fahne“ wo frante deutsche Arbeiter untergebracht waren, sind die oberen Stockwerke beschädigt, aber kein einziger von den deutschen Genossen ist von der Katastrophe betroffen worden, alle sind unversehrt!

Die SPD interpretiert die Verfassung

um die Einberufung des Reichstages zu verhindern

Wir haben vor einigen Tagen über den Antrag der kommunistischen Reichstagsfraktion, der den Zusammentritt des Reichstages vor dem 1. Oktober gefordert hat, berichtet.

Für eine Partei, die wirklich Arbeiterinteressen vertritt, die alles einsehen will, um die Mieterhöhung zu verhindern, die Annette durchzuführen und die Verlängerung der Krisen-

Die letzte Möglichkeit, eine Tagung des Reichstages vor dem 1. Oktober herbeizuführen, war auf Grund des Artikels 24 der Reichsverfassung gegeben, wo es ausdrücklich heißt:

Der Reichstag tritt in jedem Jahre am ersten Mittwoch des November am Sitze der Reichsregierung zusammen. Der Präsident des Reichstages muß ihn früher berufen, wenn es der Reichspräsident oder mindestens ein Drittel der Reichstagsmitglieder verlangt.

Dieses erforderliche Drittel wäre gegeben, wenn die Sozialdemokratie den kommunistischen Antrag mit unterstützt hätte.

Und nun kommt die Sensation des Vormittags, die in der gesamten SPD-Presse, als SPD-Dienst, von der Dresdner Volkszeitung am Sonnabend unter der Überschrift „Die neue RPD“ übernommen wird.

Es braucht nicht gesagt zu werden, daß die Begründung Stampfers hohles Gekwäh ist. Es gibt fast keine bürgerliche Verfassung, wo die Einberufung des Reichstages, auch auf Verlangen einer Minderheit, nicht vorgelesen wäre.

Es braucht nicht gesagt zu werden, daß die Begründung Stampfers hohles Gekwäh ist. Es gibt fast keine bürgerliche Verfassung, wo die Einberufung des Reichstages, auch auf Verlangen einer Minderheit, nicht vorgelesen wäre.

Es braucht nicht gesagt zu werden, daß die Begründung Stampfers hohles Gekwäh ist. Es gibt fast keine bürgerliche Verfassung, wo die Einberufung des Reichstages, auch auf Verlangen einer Minderheit, nicht vorgelesen wäre.

Es braucht nicht gesagt zu werden, daß die Begründung Stampfers hohles Gekwäh ist. Es gibt fast keine bürgerliche Verfassung, wo die Einberufung des Reichstages, auch auf Verlangen einer Minderheit, nicht vorgelesen wäre.

Die Millionenmasse der wirtschaftlich Ausgebeugten, sozial Entrechteten, kulturell Unterdrückten gehören zu den Beamten, besonders in den unteren und mittleren Dienstgruppen.

Die Beamten, besonders in den unteren und mittleren Dienstgruppen, sind in der Regel nicht oder erst im hohen Lebensalter erst angelernt ist angelehrt der trostlosen Beholdung

Die Beamten, besonders in den unteren und mittleren Dienstgruppen, sind in der Regel nicht oder erst im hohen Lebensalter erst angelernt ist angelehrt der trostlosen Beholdung

Die Beamten, besonders in den unteren und mittleren Dienstgruppen, sind in der Regel nicht oder erst im hohen Lebensalter erst angelernt ist angelehrt der trostlosen Beholdung

Die Beamten, besonders in den unteren und mittleren Dienstgruppen, sind in der Regel nicht oder erst im hohen Lebensalter erst angelernt ist angelehrt der trostlosen Beholdung

Die Beamten, besonders in den unteren und mittleren Dienstgruppen, sind in der Regel nicht oder erst im hohen Lebensalter erst angelernt ist angelehrt der trostlosen Beholdung

Die Beamten, besonders in den unteren und mittleren Dienstgruppen, sind in der Regel nicht oder erst im hohen Lebensalter erst angelernt ist angelehrt der trostlosen Beholdung

Die Beamten, besonders in den unteren und mittleren Dienstgruppen, sind in der Regel nicht oder erst im hohen Lebensalter erst angelernt ist angelehrt der trostlosen Beholdung

Die Beamten, besonders in den unteren und mittleren Dienstgruppen, sind in der Regel nicht oder erst im hohen Lebensalter erst angelernt ist angelehrt der trostlosen Beholdung

Die Beamten, besonders in den unteren und mittleren Dienstgruppen, sind in der Regel nicht oder erst im hohen Lebensalter erst angelernt ist angelehrt der trostlosen Beholdung

Die Beamten, besonders in den unteren und mittleren Dienstgruppen, sind in der Regel nicht oder erst im hohen Lebensalter erst angelernt ist angelehrt der trostlosen Beholdung

Die Beamten, besonders in den unteren und mittleren Dienstgruppen, sind in der Regel nicht oder erst im hohen Lebensalter erst angelernt ist angelehrt der trostlosen Beholdung

Wahlen

September

Wahlen

September

Wahlen

September

Wahlen

September

Wahlen

September

Wahlen

September

Wahlen

September

Wahlen

September

Wahlen

September

Wahlen

September

Wahlen

September

Wahlen

September

Wahlen

September

Wahlen

September

Wahlen

September

Wahlen

September

Wahlen

September

Wahlen

September

Wahlen

September

Wahlen

September

Wahlen

September

Wahlen

Wahlen

September

Wahlen

September

Wahlen

September

Wahlen

September

Wahlen

September

Wahlen

September

Wahlen

September

Wahlen

September

Wahlen

September

Wahlen

September

Wahlen

September

Wahlen

September

Wahlen

September

Wahlen

September

Wahlen

September

Wahlen

September

Wahlen

September

Wahlen

September

Wahlen

September

Wahlen

September

Wahlen

September

Wahlen



20. September 1918: Ermordung von 26 bolschewistischen Kommissaren (Schauenjan) durch Interventionstruppen und Sozialrevolutionäre bei Krasnodar. — 1870: Ende der weltlichen Macht des Papstes.

Um das Reichsschulgesetz

Der Bund der freien Schulgesellschaften Deutschlands, Landesverband Sachsen.

Am Sonnabend und Sonntag seine Landesversammlung im Dresdner Volkshaus ab. Im Mittelpunkt des Interesses stand naturgemäß der Reichsschulgesetzentwurf. Die von der Leitung bereits veröffentlichte Resolution wurde sowohl in der Vertreterversammlung als auch in der öffentlichen Versammlung einstimmig genehmigt. Sie geht insofern über die Einstellung der Lehrerschaft hinaus, als sie sich nicht scheut, den Kampf gegen das Weimarer Schulkompromiß zu propagieren. Allerdings heißt man auf gut demokratischem Boden und betont allenthalben, daß bis zum Ueberdruß, daß man nur mit rein verfassungsmäßigen Mitteln diesen Kampf zu führen gedenke. Man sieht das heute zwar für ausichtslos an und erhofft auch sobald keine Zweidrittelmehrheit für eine Verfassungsänderung im Reichstag, trotz allem vermeidet man ängstlich jeden revolutionären Ton.

Das Referat des Schulrates Kluge über Staats- und Kirchenschule ging auch auf die Kernpunkte nicht ein, sondern begnügte sich mit einer vorwiegend satirisch gehaltenen geschichtlichen Betrachtung. Schon der Versuch einer Definition der Begriffe Staat und Kirche hätte ihn auf revolutionären Boden bringen müssen (siehe Lenins „Staat und Revolution“). Dem kommunistischen Debatteredner, Gen. Schrapel, wurde, ausgehend von der Tatsache, daß das Reich Geld für die Schulverwaltung, aber keine für die Beamten und Sozialrentner habe, der Sinn des Entwurfs dahin gefenstelt, daß es sich hierbei um eine enge Verbindung des kapitalistischen Staates und der reaktionären Kirche handle, beides Instrumente zur dauernden Verfestigung der unterdrückten Massen, deren Befreiung nur auf revolutionärem Wege möglich sei. Wer auf parlamentarische Rettung hoffe, müsse allerdings resignieren, dem sei nicht zu helfen. Der Versuch, der seinen Ausführungen folgte, bemies, daß diese Gebanlungänge auch bei den freien Schulgesellschaften Platz genommen haben.

Ausgerechnet die Brunhilde der ASP, die gnädige Frau Coa Würtner, glaubte, des Kaisers Lösung gefunden zu haben und jeigen zu können, daß nur die Abweisung der SPD in Sachsen und der von ihr verschuldete Sturz des „Schund- und Schmutz“-Kabinetts ein besonderes Schulgesetz verhindern habe. Sie empfahl den Kommunisten, doch von dem Rechte, eigene Schulen zu beantragen, Gebrauch zu machen. Sie ist also offenbar der Meinung, daß der Herr Ministerpräsident Heldt und sein Weggenosse Marx die SPD als „öffentlich rechtliche Körperschaft“ befähigen möchten, denn nur solche haben nach dem Entwurf das Recht, eigene Schulen zu beantragen. In Herrn Kluge von Nidda sieht sie natürlich keinen Reaktionsär, weiter aber trotzdem gegen die „schwarze Bande“. Von einem Debatteredner als Kenegativ gefenstelt, vergißt sie plötzlich ihre gute Erziehung und nennt das „Freiheit“. Aus der Verammlung ruf man ihr entgegen, sie solle sich ihr Schulgeld wiedergeben lassen. Der Referent weist ihr ihre Unfähigkeit Sach für Sach nach. Durch ihre völlig fehlerhaften Zwischenrufe befähigt sie nur das Urteil und muß schließlich, blamiert bis auf die Knochen (und das will bei dieser Dame etwas heißen!), ihre Rettungsversuche für die ASP-Politik aufgeben. Und die Kommunistenhebe dieser Bourgeoisendame haben noch vor nicht allzu langer Zeit selbst Arbeiter gestützt. Hier fand sie die verdiente gründliche Abreibung, über die sie sich freilich im Kreise der betrachten und besternten Herren durch die nötigen Dühend Handstücke zu trösten wissen wird.

Nach diesem Würtner-Intermezzo fand die Versammlung durch Annahme einer Protestresolution gegen den Reichsschulgesetzentwurf ihr Ende.

Die Freidenker fordern einheitlichen Abwehrkampf gegen den Reichsschulgesetzentwurf

In einer Vollversammlung der Gruppe Cotta des Vereins für Freidenkertum und Feuerbestattung wurde nach eingehender Aussprache über den Reichsschulgesetzentwurf folgende Entschlieung einstimmig angenommen:

Resolution.

Die am 12. September 1927 im Arbeiterheim Cotta stattgefundene Versammlung des Vereins für Freidenkertum und Feuerbestattung, Gruppe Cotta, protestiert gegen den Entwurf eines Reichsschulgesetzes, der die vollständige Verfassung der Schulen herbeiführt. Die Versammlung verlangt von allen Arbeiterorganisationen gemeinsamen Abwehrkampf gegen den Entwurf und in Verbindung damit eine verkürzte Propaganda gegen die Kirche.

Haben die Lehrer wieder das Prügelrecht?

Je offener und frecher die Kulturreaktion ihr Haupt erhebt, je deutlicher die Umrisse der schwarzen Gefahr zutage treten, um so gefährlichere Tendenzen greifen wieder unter der Lehrerschaft auch der Volksschulen Platz, deren größter Teil zwar in erfreulichem Maße Front gemacht hat gegen die Finsternisse, deren anderer Teil aber seit jeher nur wartete, um seine mittelalterlichen „Erziehungsmethoden“ wieder in voller Freiheit anwenden zu können.

Trotz des offiziellen Verbots der Prügelstrafe in den Schulen, gibt es solche Pädagogen, für die jeder Pfennig, den die Steuerzahler für ihr Gehalt aufbringen müssen, zuviel sein sollte. Neuerdings magt auch die Klassenjustiz, die Handlungsweise dieser Leute „juristisch“ zu decken, und so ist es kein Wunder, daß trotz der Empörung der Elternschaft diese Elemente nicht schwach gemacht werden, sondern immer offener ihr Unwesen treiben. Uns wird aus der 3. Volksschule, Fröbelstraße, ein Fall gemeldet, der nunmehr auch das Schulamt beschäftigen wird:

Ein Knabe, sonst ein fleißiger Turner, hatte sich eine Fußverletzung zugezogen und trat deshalb bei Beginn der Turnstunde beiseite, da er natürlich nicht an den Übungen teilnehmen konnte. Darauf soll der Lehrer Becker in einer jähsornigen Anwalung ohne jeden Grund den Knaben am Hals gewürgt und geohrfeigt haben. Als die Eltern diese Mitteilung erhielten, zweifelten sie zunächst an deren Richtigkeit und suchten Schulameraden auf, die Zeuge dieses Vorfalles gewesen sein sollten. Sämtliche Knaben bestätigten die Angaben. Darauf stellten die Eltern den Lehrer zur Rede. Dieser leugnete zuerst, gab aber schließlich die Sache zu. Er entschuldigte sich damit, daß er an dem Tage sehr aufgereggt gewesen sei. Die Eltern wiesen natürlich darauf hin, daß dies einem Lehrer einfach unmöglich gemacht werden müsse, seine persönliche Berärgerung an unehelichen Kindern auszuüben zu lassen und diese dadurch zur Abkehr vor der Schule überhaupt zu zwingen. Damit schien jedoch die An-

Zurück zur Kirchenschule...

Aus Kreisen des Dresdner Lehrervereins... mit folgendem Beitrag: Es hat in der deutschen Schulgeschichte eine Zeit gegeben, wo die Schule nichts anderes war als ein Anhalt zur Veranldung künftiger Kirchenmitglieder. Die Schule war die Dienerin der Kirche. Was in ihr getrieben wurde, wurde im Austrage der Kirche verrichtet. Erziehung war nicht Selbstzweck, sie sollte der Machterhaltung der Kirche dienen. Heilige Ründe waren die Lehrer. Nur ausnahmsweise oder zu untergeordneten Diensten wurden weltliche Gelehrten beschäftigt. Der Rehrinhalte wurde aufs kirchliche Bekenntnis, auf Gebete, Sprüche und Lieder beschränkt. Der „ideale“ Zustand der einflüchtigen Volksschule stand am Anfang der Schulentwicklung; denn Kinder der verchiedenen Altersstufen verammelten sich gemeinsam in einem einzigen Raum, wo ihnen auf die primitive Weise die sogenannten Stoffe eingebracht wurden, oft mit Hilfe des Stodes, wenn der Verstand versagte.

Das ist das Bild der mittelalterlichen Kirchenschule. Die Entwicklung hat nach und nach dazu geführt, daß die Abhängigkeit der Schulen von der Kirche beseitigt wurde. Den Anfang machten die Hochschulen. Auch sie standen im Mittelalter unter der Herrschaft der Kirche. Dem Papst war es abhängig, wer an den Hochschulen lehren durfte. Er erteilte die licentia docendi, die Erlaubnis zum Lehren, er verlieh akademische Grade. Im späteren Mittelalter wurden die Hochschulen frei. Nach ihnen entzogen sich die höheren Schulen der kirchlichen Bevormundung und endlich lösten sich auch die Volksschulen aus der Machtsphäre der Kirche los und wurden Anstalten des Staates.

In Sachsen wurde bis 1835 die Volksschule in allen Instanzen von der Kirche verwalte.

Die Oberaufsicht über die Volksschulen führte das Konsistorium. Das Schulgesetz vom Jahre 1835 beileitete diesen Zustand und lekte das Kultusministerium als oberste Instanz der Schulen ein. Der Kirche war aber auch fernerhin noch ein weitgehender Einfluß geblieben. Die Funktionen, die heute die Bezirkschulräte als Staatsbeamte ausüben, verrichteten bis zum Inkrafttreten des Volksschulgesetzes vom Jahre 1873 die Superintendenten, und der unkluge Zustand, der loziel Verditterung und Kampfstimmung in der Lehrerschaft ausgelöst hatte, daß die Geistlichen als Ortschulinspektoren oft genug in annähernder Weise als Nichtschulleute dem Lehrer vorliefen, wurde ja erst durch das Uebergangsschulgesetz vom Jahre 1919 beseitigt. Heute ist die lachliche Volksschule frei von kirchlicher Aufsicht. Sie ist frei geworden, wie lange vor ihr Hochschulen und höhere Schulen. Sie ist Staatsschule.

Es ist nicht verwunderlich, daß sich die Kirche dieser geschichtlichen Entwicklung nur widerstrebend unterworfen hat. Sie weiß, daß ihr an Macht viel verloren ging, seitdem ihr die Schule aus den Händen geritten ist und sie war deshalb stets darauf bedacht, ihren früheren Einfluß auf die Schule wieder neu zu begründen. In Preußen hat der Herrscher durch das Konfessionsgesetz im Jahre 1875, wo die Konfessionspolitik nicht so rauh zum Ziele führte, sich durch das Reichsschulgesetz die Schule wieder zur Kirchenschule gemacht werden. Die Kirche hat es eifrig. Ihr schwindender Einfluß auf die Mitglieder bedarf einer Stärkung.

Sie braucht das Reichsschulgesetz, um sich den verlorengegangenen Einfluß auf die Jugend wieder zu sichern.

Die geschichtliche Linie fortschreitender Verstaatlichung und Verweltlichung der Volksschule soll jetzt mit Gewalt umgehoben werden. Der Sinn des Reichsschulgesetzes ist letzten Endes: die kulturpolitische Gegenrevolution auf der letzten Weststrecke zum Ziele zu führen. Dem „Jahrhundert der Kirche“ soll auf die Peine gehalten werden, von dem bereits in einem Punkte geschwächt wird, das unter diesem Titel von dem Generalinspektoren der Kurmark Dr. Pibelius herausgegeben wurde. Redigierende Kreise haben ihm immer dafür gelobt „dem Volke“ die Religion zu erhalten. Sie wissen warum. Nach ihrer Meinung muß der Mensch von früher Jugend an in eingehendsten Belehren geübt werden, damit er bald zur „Erdnung“, zur „Kultur“, zur „Untertänigkeit“ gebracht wird. Wer streng im Geiste eines Bekenntnisses erzogen ist, eignet sich nach konservativem Begriffe viel besser zum Staatsbürger als die anderen. Darum sind die jetzt so eifrig bemüht, die Schule wieder in den Schatten der Kirche zu stellen. Es soll diesmal ganze Arbeit geleistet werden.

Der Bekenntnisschule gibt der neue Reichsschulgesetzentwurf einen weiten Spielraum. Ihm werden alle Wege geebnet, sich rauh zu entwickeln. Ihr rauh der Entwurf Vorteile ein, die man vergebens bei den anderen, unruhlich gleichgerichteten Schularten sucht. Das Kennzeichen der Bekenntnisschule des Reichsschulgesetzentwurfes ist, daß in ihr aller Unterricht „gemäß dem Glauben“, d. h. im Geiste des Bekenntnisses erteilt werden soll. In der Bekenntnisschule des Entwurfes genügt es also nicht, im Religionsunterricht streng dogmatisch zu lehren, in ihr soll aller Unterricht vom Geiste des Bekenntnisses getragen sein. Das bedeutet, daß es dem Lehrer verboten ist, wissenschaftliche Erkenntnisse den Kindern zu übermitteln, die dem Glauben nicht gemäß sind. Für die Bekenntnisschule soll es nur eine kirchliche Wahrheit geben. Wahrheit in wissenschaftlichem Sinne darf in der Bekenntnisschule nicht gelehrt werden. Die Geschichtsstunden werden sich

allein dem Geiste des Bekenntnisses getragen sein. Das bedeutet, daß es dem Lehrer verboten ist, wissenschaftliche Erkenntnisse den Kindern zu übermitteln, die dem Glauben nicht gemäß sind. Für die Bekenntnisschule soll es nur eine kirchliche Wahrheit geben. Wahrheit in wissenschaftlichem Sinne darf in der Bekenntnisschule nicht gelehrt werden. Die Geschichtsstunden werden sich

gelegentlich vorläufig ihr Ende gefunden zu haben. Am nächsten Tage jedoch ereignete sich Unglaubliches. Als etwas Väm in der Pause entstanden war, erziehen der Lehrer Becker und rief Kinder einzeln aus der Klasse. Nach übereinstimmenden Aussagen der Betroffenen,

ohrfeigte er jedes einzeln, damit nicht wieder ein un- bequemer Zeuge auftreten konnte.

Die Empörung der Eltern ist ganz allgemein und wird noch dadurch gesteigert, daß berichtet wurde, der Lehrer habe, als man ihm mit gerichtlicher Klage drohte, erklärt, vor Gericht bekomme der Lehrer immer Recht!

Dieser Vorgang illustriert drastisch die von uns aufgestellte Behauptung, die Klassenjustiz greife der Schulreaktion stets unter die Arme. Die Eltern sammeln nunmehr Unterschriften für eine offizielle Beschwerde beim Schulamt, das bei der Erstattung der Anzeige versprochen hat, den Lehrer zur Verantwortung zu ziehen. Ein anderer Fall hat

in der 9. Volksschule, Georgplatz,

(in ehen, der 1. Verjudischule!), Aufsehen erregt. Dort soll der Lehrer Schmidt ein flüchtiges Mädchen so geohrfeigt haben, daß diesem die Brotschneide, die es in der Hand hielt, in weitem Bogen weggeschleudert wurde. Das Mädchen soll in der Pause etwas an die Wandtafel gemalt haben, und der Lehrer hat die Züchtigung vorgenommen, ohne den Tatbestand nachzuprüfen. Obgleich das Mädchen inständig beteuerte, die Handlung nicht begangen zu haben, (übrigens ein harmloser Vorfall), bestrafte sie der „Pädagoge“ außer mit den Ohrfeigen noch mit Strafstunden.

Wir erwarten nunmehr, daß nicht nur das Schulamt, sondern auch die Lehrerschaft selbst diese unerhörten Vorfälle nachprüft und endlich einmal einen Trennungstrieb nicht zwischen bewußten Erziehern und Prügelpädagogen. Die Arbeitereltern werden hofft gezwungen sein, die Erziehungsmaßnahmen dieser „Pädagogen“ einmal an ihnen selbst zu erproben.

alle einseitig an der Kirchengeschichte orientieren müssen. Die der Kirche zugehen usw. wird als großer Mann gelten. Gegen sie gekämpft, wird als böser Mensch gezeichnet werden. Die Literaturgeschichte wird auf Goethe, Schiller, Hegel und viele andere überhaupt verzichten müssen. Moderner naturwissenschaftlicher Unterricht wird eine Unmöglichkeit werden. Im Faberarbeitenunterricht werden dann wieder Kreuze und dazwischen stromende Sprüche gelehrt, und im Turnunterricht wird über die Kleidung nach kirchlicher Vorschrift zu tragen sein. Und manche Übungen kommen bestimmt als unfruchtlich auf den Boden und werden in der Bekenntnisschule nicht mehr zugelassen werden.

Ihre größte Aufmerksamkeit will die Kirche dem Religionsunterricht zuwenden. Nicht weniger als dreifache Aufsicht soll darüber wachen, daß sich dort jedes Wort, was gelehrt wird in Uebereinstimmung mit den Grundbänden der Kirche befindet: Der konfessionelle Schulrat kommt und prüft; der Kirche werden ferner besonders Beauftragte zugeordnet, die die besondere Aufgabe erfüllen sollen, den Religionsunterricht zu beaufsichtigen, und schließlich steht der Entwurf vor, daß den obersten Stellen der Religionsgesellschaft Gelegenheit zu geben ist, sich damit zu überzeugen, ob der Religionsunterricht voll und ganz kirchlich erteilt wird. Man bedenke: das Mißtrauen der Kirche, das aus diesen Bestimmungen spricht, richtet sich gegen die eigenen Kirchenmitglieder, die aus freiem Willen heraus den Religionsunterricht erteilen. Die Kirche scheint sehr wenig von der Jagkraft ihrer Lehren durchdrungen zu sein, darum wendet sie Druckmittel an, um ihren Bestand zu sichern. Kein Wunder, daß sogar viele evangelische Religionslehrer empört sind über solche Bevormundung und ankündigen, den Religionsunterricht niederzuliegen, wenn der Reichsschulgesetzentwurf in dieser Form Gesetz werde.

Auf sonstige Leistungsfähigkeit der Schule scheinen die Befürworter der Bekenntnisschule wenig Wert zu legen. Sie propagieren die einflüchtige Volksschule, die in Sachsen schon längst nicht mehr rechtlich zulässig ist. Sie sind also der Meinung, daß genug gelehrt werden kann, wenn alle acht Jahrgänge in einer Klasse zusammengelehrt werden. So war es früher, so soll es wieder werden. Was all dem geht deutlich hervor.

Daß die Bekenntnisschule des Entwurfes der Kirchenschule des Mittelalters in wesentlichen Punkten gleicht.

Und das ist ja die wahre Absicht des Reichsschulgesetzentwurfes: die kulturelle Entwicklung der letzten Jahrhunderte soll rückwärts die Schule wieder in den Dienst der Kirche gestellt werden. Man lasse sich nicht dadurch täuschen, daß der Entwurf noch die „Gemeinschaftsschule“ und die „weltliche Schule“ zulassen will. Es werden nichts anderes als bedeutungslose Schemata der Stellen. Wird der Entwurf Gesetz, so wird in fast allen Schulen die Kirche als Herrin schalten und walten, den inneren Betrieb bestimmen und den Lehrer genau überwachen, daß er gemäß dem „Glauben“ leht und unterrichtet. Der Staat als Herr der Schule wird zurückgedrängt. Er hat nur noch dafür zu sorgen, daß immer genug Geld vorhanden ist, Geld, das er von allen Staatsbürgern durch Steuern einzieht. Deutschland hat kein Geld (oder doch?) ein Kirchenvolk heranzubilden, das die Probleme der Gegenwart verständnislos auswendiglerbe würde. Unsere Zeit braucht Menschen mit offenen Augen und weitem Blick. Deshalb ist der Reichsschulgesetzentwurf ein Anachronismus.

Er darf nicht Gesetz werden!

Gründung der Vereinigung Schwerhöriger und Ertaubter von Dresden und Umgebung.

Uns wird geschrieben: Am Dienstag dem 12. September fand in der Schule für Schwerhörige und Ertaubte unter starker Beteiligung die Gründungsversammlung einer Vereinigung für Schwerhörige und Ertaubte statt. Taufstimmensführer A. K. K. der die Versammlung leitete, ging zunächst auf den Sinn der Versammlung ein, nämlich eine Vereinigung zu schaffen, die in neutraler Grundlage gleiche Leidensgenossen verbindet. Das wies er Ziel und Zweck der geplanten Vereinigung auf und umriss kurz Mittel und Wege, wie zum Ziele zu gelangen sei, nämlich durch Ablesung, belehrende und unterhaltende Veranstaltungen, Rat und Tat in beruflichen Dingen dem Schicksal der Gründung einer solchen Vereinigung. Anschließend wählte man den Vorstand und beschloß den Eintritt in den Bund sächsischer Schwerhörigenorganisationen. Alle Schwerhörigen und Ertaubten, die noch keiner Vereinigung von Leidensgenossen angehören, sind hierdurch zu der nächsten Versammlung der Vereinigung am Dienstag dem 27. September 20 Uhr in der Staatlichen Schule für Schwerhörige und Ertaubte, Chemnitzer Straße 4 eingeladen.

Deffentliche Sitzung des Schulausschusses am Mittwoch dem 21. September, 17 Uhr, im Stadthaus, Theaterstraße 13, A. Obergeschloß, Zimmer 328.

Ein falscher Stummer. Der Konditor Mauerböck, ein Oesterreicher, war ausgewiesen worden, aber nach kurzer Zeit zurückgekehrt. Die Kriminalpolizei verhaftete ihn und stellte fest, daß er, obgleich mit keinem Gebahren behaftet, als „Tautstummer“ mit Postkarten handelte. In seinem Unterkunftsraum wurde Fälschungsmaterial zur Nachahmung behördlicher Stempel gefunden. Auf den Gedanken, auf diese Weise sei Leben zu fristen, wird Mauerböck wohl durch Mangel an Selbstmitleidigkeit gekommen sein. Und wenn seine falsche Stempel nicht der Herstellung von Poststempeln, sondern Answelttdokumenten gedient hätten, wer weiß, wie häufig die Kriminalpolizei dem „flüchtigen Ausländer“ entgegengekommen wäre.

Gelpeert. Wegen Gas- und Wasserrohrleitung ist die Alterberger Straße zwischen Welsenheimer und Hofmeisterer Straße auf die Dauer der Arbeiten für den Fahrverkehr gesperrt worden.

Rundfunk

Mittwoch den 21. September:

- 16.30—17.55 Uhr: Aus dem Schachklub für die Jugend: Wie wird ausgespielt? Die Schachlerin am Brannen.
- 18.05—18.20 Uhr: Moricelarius.
- 18.20—18.30 Uhr: Arbeitsmarktbericht des Sächsischen Landesamtes für Arbeitsvermittlung.
- 18.30—18.55 Uhr: Deutsche Welle, Berlin. Studientrat Friedel und Vektor Mann: Englisch für Anfänger.
- 19—19.30 Uhr: Schulrat Dr. Kurlen-Erfurt: „Die Thüringer Volkstrachten“.
- 19.30—20 Uhr: Prof. Paul Quensel-Weimar: „Der Thüringer Sagenhaas“.
- 20 Uhr: Vortragsveranstaltung und Zeitangabe.
- 20.15 Uhr: Eine Stunde in thüringischer Mundart.
- 21.15 Uhr: Sinfoniekonzert.
- 22.15 Uhr: Freizeitsport und Sportfunk.
- 22.30—24 Uhr: Tanzmusik.

Arbeiter-Radio-Bund Deutschlands

Beleggruppe Dresden
Achtung! Programmänderung!
Es zur Großen Dresdner Jantausstellung sollen alle Veranstaltungen des Bundes aus. Wir bitten unsere Mitglieder, möglichst bald ihre Karte zweds Durchsicht ins Basteiheim zu bringen. Haupttribüne Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Sonnabend. Das Basteiheim Dresden-R. Große Meißner Straße 9, 1. Stock, ist täglich geöffnet ab 17 Uhr, wir bitten diese Zeit einzunutzen. Zunftreunde, rüftet mit allen Kräften zur Ausstellung.

Das Pirnaer Stadtverordnetenkollegium

im Zeichen des Kampfes gegen Kulturreaktion, Waffentum, Mietpreiserhöhung und Mißstände im Unwettergebiet

Zu Beginn der am 13. September stattgefundenen Stadtverordnetenversammlung wurden die Anträge der kommunistischen Fraktion, in denen erstens Bericht über die Maßnahmen im Hochwassergebiet gefordert wird, weiter Protest erhoben wird gegen das Reichsschulgesetz und die Mietpreiserhöhung, und die Aufhebung des Sportverbotes in öffentlichen Festtagen verlangt wird, beauftragt und in der Tagesordnung aufgenommen. In der Bezirksvorberathung wurde von Seiten der SPD Rud. Müller, von der KPD Genosse Ehrlich als Erklärmann vorgeschlagen. Müller wurde gewählt. Bei Punkt 3: Errichtung einer Schulhausmehrklassen in dem Berufsschulgebäude am Sportplatz, entspann sich eine längere Debatte. Auf Vorschlag der KPD und SPD-Fraktion erklärte sich der Oberbürgermeister bereit, die Stelle für einen Verordnungsamtsleiter auszufüllen. Harting und Uhlmann machten dabei noch darauf aufmerksam, daß sich auch 50-Prozent-Kriegsbeschädigte mit Beamtenstellen bewerben können. Es wurde in der Diskussion noch darauf hingewiesen, daß man dagegen protestiere, sich vom Reich für solche Vorkämpfer der Schwarzen Reichswehr aufzulassen. Zur Aufstellung eines Stadtarztes erklärte Genosse Hädel das Wort und betonte, daß bereits früher keine Sitzung ohne einen diesbezüglichen Antrag der KPD gewesen ist. Ein reiches Arbeitsfeld sei vorhanden. Natürlich müsse sich das Wohlfahrtsamt entsprechend einstellen und es nicht wie bereits in anderen Städten, zu Differenzen mit dem Stadtrat kommen lassen. Die finanzielle Lage muß entsprechend geregelt werden, da unbedingt zu verlangen ist, daß das Verantwortungsgesetz dem Kranken gegenüber größer sein müsse als gegenüber den Finanzien. Natürlich sei dies nur ein Tropfen auf einen heißen Stein, solange schlechte Wohnungen, Unterarbeit, lange Arbeitszeit und Ausbeutung der breiten Massen durch das profitgierige Kapital noch auf der Tagesordnung sind. Wenn die Arbeiter nicht selbst mit diesem System experimentieren, wird die schlechte gesundheitliche Lage der Arbeiter nicht gehoben werden. Im Gegensatz zu Flachs wies

sich für die Anträge der KPD und SPD aus, welche dann gegen die 12 Stimmen der Rechten angenommen wurden. In der Begründung zum

KPD-Dringlichkeitsantrag

gegen den Reichsschulgesetzentwurf gezielte Genosse Schmitz dessen reaktionäre Tendenz. Die Schule ist zum Schacherfeld geworden. Die Junker haben die Zölle eingestekt, nun fordert die Kirche die Schule. Das gesamte Schulwesen wird verschlungen. Statt Zentralisierung Desentralisation. Eine Gemeindefinanzierung der Lehrerbücherei sei die weitere Folge. Inverschulung Kummerlicher Art werden spezifizieren und die Belastung der Gemeinden sei unabwehrbar. Selbst Kreile des liberalen Bürgertums sind gegen diesen schmerzlichen Vorstoß der Kulturreaktion. Wir fordern eine von der Kirche unbeeinträchtigte Erziehung unserer Kinder. Müller von der Rechten ist selbstverständlich für dieses reaktionäre Konstrukt, obwohl selbst Helmrich von den Demokraten betont, daß mit diesem Gesetz die Gemeindefinanzierung der Lehrerbücherei eine sofortige Erledigung des kommunikativen Dringlichkeitsantrages wurde von Seiten der SPD ein Antrag vorgebracht, indem auf Antrag Kellers gegen die Stimmen der Kommunisten der Protest gegen das Reichsschulgesetz an den Schulausschuß überwiesen wurde.

Unter Anfragen erluchte Post (SPD), der Rat solle doch auf dringliche Erledigung des Neubaus Lauterbachstraße sehen. Herr Post hat hierüber selbst ein Interesse, in dem er etwas zu groß gemordene Wohnung zu kommen. Einen guten Weg er-

Genosse Hädel

nach, daß die Tätigkeit eines Arztes unter städtischer Kontrolle besser ausgewertet werden könne, als die Tätigkeit eines Arztes im Nebenamt. Als Beispiel führte Genosse Hädel die Widerstände bei Unterbringung eines tuberkulösen Kranken an, bei dem durch zu langes Hinauszögern Hilfe zu spät kam. Ein anderer Fall betraf einen Auswanderer aus dem Ruhrgebiet, der auch tuberkulös war, abgewiesen wurde mit der Bemerkung, der Aufenthalt in unserer Luft mache den Menschen „allein gesund“. Der Erfolg war, daß er nach einem Jahr starb. Man soll es nicht nur mit der Anstellung eines Hilfsarztes beschränken lassen, sondern auch keine Mittel scheuen, wenn Hilfe nur ist. Frau Seifert von der SPD hielt es bei ihrer Bezeichnung notwendig, die Anstellung eines Stadtarztes als Verdienst der SPD zu bezeichnen. Genosse Hädel stellte fest, daß bereits früher, als weder Frisch noch Frau Seifert im Kollegium saßen, die KPD die Anstellung eines Stadtarztes gefordert hat. Nachdem Flachs von Seiten der Rechten gegen die Anstellung eines Arztes sprach, wurde die Anstellung eines Stadtarztes gegen 11 Stimmen der Rechten beschlossen. Bevor weitere Anträge der KPD und SPD zur Debatte gestellt wurden, gab der Oberbürgermeister seinen beschränkten Bericht über die Maßnahmen der Stadt im Hochwassergebiet. 250.000 Mark habe die Stadt erst erhalten. Genosse Hädel bezeichnete mit Recht den Bericht als Schönfärberei. Vermißt sei bis jetzt ein Protest gegen die schwache Hilfe von Seiten der Landes-, besonders der Reichsregierung.

Bergrüßhübel habe erst 4000 Mark angesetzt erhalten.

Sammelt worden ist in ganz Deutschland, aber Scheinbar nur für die Regierung, die mit dem Gelde wirtschaftet, ohne bis jetzt Rechnung abgelegt zu haben. Das Gottliebshübel ist noch voller Geröll. Solange noch Zeit ist, müssen sofort die Regulierungsarbeiten im Angriff genommen werden, wenn nicht neue Gefahren entstehen sollen. Was machen dagegen die Kolonnenführer? Sie entlassen die Arbeiter, um den rechtlichen Anforderungen aus dem Wege zu gehen. Es ist ein Verbrechen, jetzt das die Arbeiter abzugeben. Es ist die Pflicht der Stadt, Protest zu erheben, um sich auch nach außen Gehör zu verschaffen. Der Reichstag „ermäge“ bereits ein Vierteljahr. Die 10 Millionen, von Seiten der KPD beantragt, sind abgelehnt worden, und der Reichstag hat sich bis jetzt noch nicht verpflichtet gezeigt, etwas zu zahlen. Jetzt könne der Pirnaer Anzeiger feststellen, daß noch nichts getan hat für die Hochwasserbeschädigten, und seine blöde Kommuniquéhe damit entlarven, bei der er sich jetzt nur die Finger verbrannt hat. Die Stadt müsse also in aller Öffentlichkeit Protest erheben, damit die Landtags- und Reichstagsabgeordneten, an deren Türschwelle appelliert werden ist, auch Gehör finden. Die Anträge der KPD und SPD, die eine schnelle Hilfe fordern, wurden einstimmig angenommen. Als weiterer Antrag stand der Antrag der KPD: Einspruch gegen die Mieterhöhung im Landtag zu erheben, zur Ausprache.

Genosse Schmitz

hätte seit, daß, wie immer, alle Vollen auf die Arbeiter abgewälzt werden. Wenn die Hausbesitzer wirklich so unerschütterlich hohe Mieten haben, wie oft behauptet wird, dann sollen sie doch ihre Häuser der Stadt überlassen. Jede Mieterhöhung ist weiter den Gesundheitszustand der Bevölkerung, da jede Mieterhöhung abgelehnt wird. Praktisch bedeutet jede Mieterhöhung einen Abbau des Mieterschutzes. Gegen 12 Stimmen der Rechten fand ebenfalls dieser Antrag Annahme. Der Beschluß des Rates, dem Antrag des volkshilflichen Landes-Landtags, am Sonntag und Karfreitag das Spielen auf dem Sportplatz zu verbieten, bedutzeten, gab Veranlassung zu den Anträgen der KPD und SPD, den Beschluß des Rates rückgängig zu machen.

Genosse Schöner

betonte diesen Vorstoß der Kulturreaktion und verlangte entsprechende Aufhebung dieses verfassungsmäßigen Beschlusses. Selbst Herr Heinrich war dieser Beschluß zu bunt und er sprach



TRETET EIN IN DIE KPD

Sie allein führt
den Kampf gegen
Kriegsgefahr,
Hungerzölle
u. Bürgerblock
Regierung *

lauchte sich am Schluß noch Müller von der Rechten, indem er verlangte, 500 Mark an die Hindenburgstraße zu überweisen. Zum Wohlwollen Müllers und aller Hindenburgbürger wurde der Antrag infolge Widerpruchs verworfen. Dem Reichstagsrat von Pirnaer Anzeiger überlassen diese Korrespondenzen nicht gut zu bekommen, sonst würde er keine Tanten und Nichten nicht in Unruhe versetzen ob der langen Sitzungsstunden. In seiner geistigen Kreisverwirrung erwartet er, daß die Vertreter der Arbeiterschaft alle Vorhölle der herrschenden Klasse einleiten. Diese Zeiten sind jedoch vorüber. Wir werden diese Herren noch manche Stunde belästigen müssen, bis es so weit ist, daß sie von der Bildfläche völlig abtreten müssen. Zeit wäre es jetzt schon...

Rot-Front in Meißen

Am Sonnabend und Sonntag fand in Meißen das Untergangtreffen statt. Schon am Sonnabend waren die Kameraden aus zahlreichen Orten angekommen. In zwei Sälen fanden die Begrüßungsabende statt; während der eine überfüllt war und einen glänzenden Verlauf nahm, war der andere, weil der Saal zu abgelegen war, schlecht besucht. In beiden Veranstaltungen sprach Gaufrüher Sindermann, der in markanten Worten den Anwesenden Zweck und Ziel sowie die Notwendigkeit des Eintritts in den KPD darlegte.

Am Sonntag früh 9 Uhr hielt sich die Dringlichkeitsgruppe Dresden am Eisenbahnhof ab. Zahlreich waren die Kameraden trotz schlechten Wetters dem Ruf zur Rettung gefolgt. Nachdem sich alle Autos - 8 an der Zahl, mit Anhänger, darunter eines des roten Frauen- und Mädchenbundes - einsetzten, fuhren sämtliche Autos geschlossen ab. Hinter dem Autos fuhr ein großerer Trupp Radfahrer. In allen Orten, durch die wir fuhren, zeigte sich die Sympathie der Arbeiter, die überall uns durch freudige Zurufe begrüßten. In Köschelbrunn wurde ein kleines Platzkonzert veranstaltet, und Kamerad Weibner legte

den Anwesenden in kurzen Worten die Notwendigkeit des aktiven Kampfes unter roten Fahnen dar. Von hier ging es nach Coswig. Kurz vor dem Ort wurde halbgemacht. Nach einer Demonstration durch den Ort und Plakatschlag ergriff Kamerad Spengler das Wort. Er zeigte den anwesenden Arbeitern, wie die Kapitalisten aller Länder gegen die Sowjetunion hetzen und einen Krieg gegen den ersten Arbeiter- und Bauernstaat vorbereiten. Dies gilt es zu verhindern! In geschlossener Kette müssen die Arbeiter zusammenstehen, um das Vordringen des Kapitalismus niederzuringen. Lebhafter Beifall folgte den Ausführungen. Wieder formierte sich der Zug. Kurze Kommandos ergingen, und die Autos fuhren nach Meißen. So schön wie das Städtchen ist - in reaktionär ist es auch! Bürgerrecht und Sozialdemokraten dominieren hier. Schwer ist die Arbeit unserer dortigen Kameraden, doch es geht vorwärts! Hier und da Hatterien von den Häusern die roten Fahnen zum Gruß, und an einzelnen Straßen waren Transparente angebracht, die zum Schluß Sowjetrukslands aufriefen.

Gegen 2 Uhr begann die Demonstration. Wieder zeigte sich, daß in den Reihen der roten Klassenarmee gute Disziplin herrscht. Hervorstechend ist die große Beteiligung von Frauen und der Jugend. Mehr als 50 Fahnen wurden in dem Zug gezählt. Viele Transparente zeigten den in dichten Reihen an den Straßen Spalier bildenden Arbeitern die Forderungen, für die es zu kämpfen gilt. Neben den vielen KPD-Kapellen spielte auch der Tambourzug der Freien Turner Meißens, der sich bereitwillig zur Verfügung gestellt hatte. Es ist zu hoffen, daß die übrigen Sportler sich daran ein Beispiel nehmen.

Auf dem Sportplatz

fand die Schlußkundgebung statt. Nachdem der KPD aufmerksam war, ergriff der Gaufrüher das Wort. In scharfen Worten geißelte er die zu neuem Krieg rüstenden Imperialisten. Nicht unter den Fahnen Schwarz-Rot-Gold, den Farben der Hindenburg-Republik, werden wir die Interessen der Arbeiter vertreten, sondern nur unter den roten Fahnen! Mit den Worten: Krieg dem Krieg und hinein in den roten Frontkämpferbund! schloß er seine glänzenden Ausführungen. Der begeisterte Beifall der zahlreich erschienenen Meißner Arbeiter zeigte, daß sich die gemißt sind, mit uns zu kämpfen. Die Kapellen spielten die Internationale, damit fand das Untergangtreffen seinen Abschluß.

Unter den Hatternden roten Fahnen traten die Kameraden den Heimkehrern an. Das Urteil aller Meißner Arbeiter war: Das hat Meißen noch nicht gesehen. Jetzt gilt es, die Sympathien auszunutzen in ihrer Kleinarbeit.

Wer den Krieg verhindern will, muß mit in den Reihen der roten Bataillone marschieren!

Gegen das Reaktionschulgesetz

Kadeberg. Vor den Funktionären des Gewerkschafts- und Kulturfartells sprach am 12. September Gen. M. Uhlig über den Reubellischen Reichsschulgesetzentwurf. Der vorgelegten Resolution stimmten die zahlreich erschienenen einstimmig zu. Bemerkenswert ist, daß die Gewerkschaften endlich ihre „neutrale“ Stellung verlassen haben. Kadeberg ist allen anderen voran. Man konnte schon aus diesen ersten gemeinsamen Verhandlungen klar erkennen, daß der politische Kampf um den Reichsschulgesetzentwurf auf so breiter Grundlage mit ganz anderen Aussichten auf Erfolg geführt werden kann, und daß nur so die Mobilisierung der Arbeiterschaft möglich ist. Das Beispiel Kadebergs muß überall nachgeahmt werden! Die Resolution hatte folgenden Wortlaut:

„Der Reubellische Entwurf zu einem Reichsschulgesetz bringt die Verschlagung der Volksschulen; er verhindert für absehbare Zeit die Einheitlichkeit des Schulwesens; er bringt die Schulen unter Aufsicht und Kontrolle der Kirchen; er legt durch die Zersplitterung des Schulwesens und Bildung leistungsunfähiger Zwergschulen den Gemeinden untragbare Kosten auf; er hindert jede pädagogische und schulpolitische Entwicklung, raubt den Lehrern angeblich verfassungsmäßig verbürgte Rechte und bringt sie in unerträglichen Gemütszwang.“

Der KGC zeigt erneut die Unmöglichkeit, auf dem Boden der Art. 146,2 und 149 die Einheit und Freiheit des Schulwesens zu wahren, darum ist mit aller Entschiedenheit zu fordern:

1. Die Zurückziehung des KGC durch die Regierung.
 2. Die Annullierung des bayer. Konfordsats, da die Reichsschulgesetzgebung in einer für die Weiterentwicklung des Schulwesens unmöglichen Weise gebunden ist.
 3. Die Beseitigung des Weimarer Schulkompromisses durch Aufhebung der Artikel 146,2 und 149 der Reichsverfassung.
- Die Gemeindeverwaltung hat sofort feststellen zu lassen, wie die Durchführung des Reubellischen KGC die Gemeinden finanziell belastet und wie die Leistungsfähigkeit der Schule vermindert wird.“

Kadeberg. (Öffentliche Kundgebung.) Gegen den Reichsschulgesetzentwurf des reubellischen Innenministers von Reubell protestierte das gesamte kulturelle Deutschland. Auch die Kadeberger Arbeiterschaft muß in der am Freitagabend stattfindenden öffentlichen Kundgebung aller am Ort vertretenen proletarischen Organisationen ihren Willen zum Ausdruck bringen. Der vom Ortsausschuß des KGC und dem proletarischen Kulturfartell unterzeichnete Aufruf verdient reifliche Befolgung. Von den Gewerkschafts- und Vereinsvorsitzenden wird erwartet, daß sie den Freitag von anderweitigen Veranstaltungen freihalten und ihre Mitglieder zum Besuch des Schülernhausauslaufs auffordern.

An unsere Kolporteure!

Bis zum Sonnabend dem 24. September müssen die Abonnementsgelder für den Monat September abgerechnet sein, da in der nächsten Woche die Oktober-Quittungen zum Versand kommen. Wir ersuchen unsere Kolporteure gleichzeitig, alle Außenhände einzutreiben, damit in Zukunft uns Wahmschreibern erspart bleiben.

In letzter Zeit haben wir die Feststellung machen müssen, daß sehr wenig Einzahlungen auf unser Postcheckkonto geleistet werden. Wir bitten, in Zukunft unser Postcheckkonto mehr als bisher zu benutzen, damit unseren Kolporteurinnen unnötige Wege erspart bleiben.

Bei Einblendung von Geldern ersuchen wir, stets das Quittungsbuch mit einzubringen, damit jedesmal eine Zustimmung mit unserem Hauptbuch erfolgen kann. Besonders die Kolporteure, bei denen wir leihweise Differenzen in den Büchern feststellen, werden ersucht, ihr Quittungsbuch umgehend einzubringen.

Der Verlag rechnet bestimmt damit, daß unsere Kolporteure alle Kräfte anstrengen, um pünktlich abzurechnen, damit so wenig wie möglich Außenhände am Jahreschluß verbleiben.

Die Verlagsleitung.

Kinderheim der IAS in Freital

Rebenstehende Abbildung zeigt das von der Ortsgruppe der IAS in Freital errichtete Tageskinderheim, das vor kurzem eingeweiht wurde. Das Heim wurde von der rührigen Ortsgruppe aus eigenen Mitteln errichtet und mit Hilfe der Parteigenossen und der Kameraden vom KPB errichtet. Die Gesamtkosten betragen vorzüglichem Zweck eine 13.000 Mk. Das Heim besteht aus einem großen Saal, einer Küche und einem Bad. Dem Tagesaufenthalt der Freitaler Arbeiterkinder.



der Freitaler Arbeiterkinder.

Arbeiter-Sport

Fußball

Vänderspiel Schweiz-Deutschland.

Am 24. und 25. September werden in der Schweiz zwei Vänderspiele Schweiz-Deutschland ausgetragen. Das erste findet am Sonntag in Basel und das zweite am Sonntag in Zürich statt. — Die deutsche Elf besteht nur aus jüdischen Genossen bis auf den bewährten Linksaußen Behne (Magdeburg). Auch der Halbrechts Außenstreicher (Köln) ist wieder mit von der Partie. Hoffen wir, daß die Mannschaft ungehindert heimkehrt, wir haben in der letzten Zeit genügend Vänderspiele verloren.

Ergebnisse aus dem Kreise.

Bezirk Leipzig. Vorwärts Eutritzsch-Knauffleberg 2:1. VfL 03-Frischluft Wurz 2:1. Sportlust 09-Bergau 1:2. Stützerli-Schönefeld 0:2. Klingenhöcher-Vorwärts Süd 3:2. Arminia Süd-Normannia 0:1. Großschöcher-Markgrafstadt 1:5. Dörsch-Schöna 2:4. Hennewitz-Plagwitz 0:0. Lindenau-Schönefeld 4:0. Amateure 04-Viktoria 06 0:1.

Bezirk Chemnitz. Carlo Glashütten-Sachsen 1:3. Rapid-Simon Oberlungwitz 4:4. Bader 11-Schöna 2:1. Konordia-Sturm Frankenberg 1:3. Borna-Toruna 3:1. Favorit-Ring 2:1. Vorwärts-Einigkeit Sportklub 2:2. Heinrichsart-Lützenberg 1:7. Schellenberg-Niederwies 3:5. Krümhennersdorf-Erdmannsdorf 3:3.

Bezirk Mittweida. Döbelner Ballspielklub-Sportlust Harta 9:2. Tahn Mittweida-Eintracht Mittweida 0:1. Waldheim-Bergringwalde 1:2.

Bezirk Zwickau. Schönewitz-Oberhörsdorf 6:2. Leinsdorf-Wilau 2:4. Planitz-Ritzberg 15:0. Niederhörsdorf-Bielau 7:0. Reichshaus-Tortuna Marienthal 7:1. Schönewitz-Bielau 6:3. Vorwärts Neukirchen-Elzberg-Modau 1:1.

Bezirk Erzgebirge. Sportlust Aue-Eibenhof 3:0. Vorwärts Thalheim-Sturm Lauter 0:3. Schwarzenberg-Sportfreunde Löhmitz 2:2. Annaberg-Sturm Gornsdorf 4:4. Ehrenfriedersdorf-Schöna 3:3. Jahnstadt-Thum 1:3.

Bezirk Plauen. Eintracht-Plauener Sportverein 3:0. Bader Plauen-Vorwärts Süd 1:0. Falkenstein-Rödewitz 6:0. Vorwärts Süd Plauen-Lauterbach 4:2. Schönewitz-Volgelsberg 4:2. Treuen-Elsterberg 9:3.

Bezirk Burgkloster-Bismbach. Falke Ruchdorf-Frischluft Burgkloster 1:4. Hartmannsdorf-Taura 4:0. Hellas Bismbach-Clauswitz 6:0. Mühlau-Wolfsberg 6:1. Ring Penig-Oberhofna 2:2.

Fußball. Bezirk Oberlausitz. Bauhen 1-Löbau 1:0. Das meiste Ergebnis zeigt schon, wie beide gekämpft haben. Jitzau 1-Harta 1:7. Entgegen aller Voraussicht unterlagen hier die Köpfer hoch. Es hat sich allerdings ein Zwischenfall ereignet, der den Abbruch des Spieles 20 Minuten vor Schluß notwendig machte. Döberitz 1-Neichenau 1:0. N. erwartete man als sicheren Sieger, deshalb kommt das Ergebnis ziemlich unerwartet. Döberitz hat sich wieder stramm dagehalten. Neugersdorf 1-Görsdorf 1 (GS) 10:4. Die Gäste sind als gut bekannt, deshalb erscheint das Resultat ziemlich peinlich für sie. Jitzau 1-Wader 1 Görsitz 5:2. Jitzau gelang auch hier der Turf über die als spielstarke bekannten Nachbarn. Lomsitz 1-Löbau 2:3. Döberitz 2-Kirchhain 1:0. Oberdorf 1-Jitzau 2:0. Neugersdorf Schüler-Oberfeifersdorf Schüler 1:0.

Turnspiele

Zum Handball-Vänderspiel Deutschland-Österreich am 25. September in Halle.

Die Hochzeiten der diesjährigen Fußballspiele ist vorüber, und nun warten als allerletzte noch die Turnspiele mit einem großen Treffen auf. Das immer mehr aufblühende Handballspiel soll wieder einmal zu seinem Recht kommen. Es ist die größte Begegnung der repräsentativen Handballmannschaften von Deutschland und Österreich. Das 1. Spiel zum österreichischen Vänderspiel in Wien endete vor einer tausendköpfigen begeisterten Zuschauermenge mit einem 7:2-Sieg für Deutschland. Beim 2. Spiel anlässlich der Prager Olympiade nahm Österreichs Revanche und legte Deutschland mit 10:4 hinein. Die Döberitzer zeigten ein Spiel, wie es klüßiger und an Feinheiten reicher nicht aufstehen konnte. Auf Grund der Erfahrung dieses Spieles wurde die deutsche Mannschaft auf veränderten Posten neu besetzt. Am letzten Sonntag fand ein Probispiel der deutschen Vändermannschaft gegen eine Bezirksmannschaft der Handballhochburg Magdeburg statt, das mit einem überlegenen 14:3-Sieg der Vändermannschaft endete. Dieses Ergebnis berechtigt zu besten Hoffnungen für das Spiel am kommenden Sonntag.

Ergebnisse aus dem Kreise.

Bezirk Leipzig. Kaffball: Schöna-Löhmitz 4:2. Großschöcher-Schönefeld 3:2. Plagwitz-Deusch 9:10. Lindenau-Deusch 11:3. Südost-Kabelfeld 5:3. Engelsdorf-Wachau 5:4. Handball: Großschöcher-Kleinschöcher 4:1. Vorwärts Süd-Gohlis 3:6. Wölkern-Eutritzsch 5:4. Pausendorf-Bornhöft (Hfz.) 5:4. Spielerinnen: Preußen Modau-Schönefeld 4:0. Wölkern-Jwankau 0:0. Pausendorf-Treben 1:0. Hockey: Pausendorf-Dittorfstadt 2:1. Kaffball: Kleinschöcher-Schönefeld 6:6. Wahren-Südost 60:50. Trommelball: Löhmitz-Holzhausen 118:50.

Bezirk Chemnitz. Kaffball: Hohnstein 15-Collenberg 1:7. Dit-Neichenau 6:10. Hartau-Gablenz 0:6. Schöna 15-Harta 4:1. Gablenz 16-Rottluff 11:3. Hartz-Leipzig-Großewitz 1:2. Silberdorf-Richtenau 2:3.

Bezirk Oberlausitz. Resultate vom Werbespieltag in Rohnau: Kaffball: Gellendorf-Jitzau 1:1. Oberfeifersdorf-Bornitz-Beitau 0:8. Hörtitz-Beitau-Jitzau 2:0. Jitzau-Deuschitz bei Görsitz 10:3. Gellendorf-Rohnau 5:5. Kaffball: Dittorfstadt-Neichenau 55:70. Hörtitz-Beitau-Derwisgendorf 79:63. Herwigsdorf-Dittorfstadt 69:51.

Bezirk Plauen. Handball: Seite 2. Kff.-Gera-Zwischen 10:1. Plauener Sportverein-Plaua 4:0. Freie Schützener-Eiche 4. Kff. 3:1. Kaffball: Tahn Delania-Gallwitz 11:4. Kaffball: Tahn Delania-RTW Delania 45:13. RTW Delania-Wohlsdorf 31:10. Untermarktgrün-Wohlsdorf 60:59.

Bezirk Plauener Grund. Kaffball: Oberneumdorf-Weißig 4:8. Oberhermsdorf-Dermdorf bei Dresden 2:11. Freital-Vestermih-Treppen-Vollau 8:3. Niederhörslich-Tharandt 7:2. Witzig-Cohmannsdorf 12:4. Niederhörslich 15-Votshappel 13:1.

Turnspiele. 2. Bezirk. Am 2. Oktober vormittags soll in Rähnitz ein Bezirksspieltag für die Altersmannschaft stattfinden. Vereine, welche sich an diesem Spieltag beteiligen, sollen sofort ihre Meldung nach der Geschäftsstelle Dresden 1, Rähnitzstraße 6, abgeben, unter Angabe, wieviel Mannschaften, und die Spielart. Vereine, meldet sofort eure sämtlichen Altersmannschaften.



Mütter!

Wollt ihr, daß eure Kinder in diesem Geist erzogen werden?

Nein! Schickt sie zu uns, laßt sie Mitglied werden im Arbeiter-Turn- und -Sportbund!

Die Sammlung für die Hochwassergefährdeten

Hat ein wenig befriedigendes Ergebnis gezeitigt. Neben den 6000 Mark, die der Bundesverband bewilligt hat, haben nur wenig andere Instanzen den Hilferuf beachtet und bemerkenswerte Beträge gezahlt. Von den vielen Vereinen aber haben gar nur einige wenige zur Behebung dieses großen Unglückes, soweit es unsere Sportgenossen betraf, beigetragen. Gewiß haben alle unsere Vereine ihre finanziellen Sorgen, die jedoch bei den gefährdeten Vereinen im Erzgebirge, die alles eingehängt haben und nun vor einem Nichts stehen, bestimmt größer sind. Zeigt euch solidarisch und unterstützt unsere Brüder, denen das Unglück alles nahm, vielleicht auch den Mut zum Wiederaufbau, wenn ihnen keine finanzielle Hilfe von anderer Seite kommt. 5 oder 10 Mark sollte jede Vereinsleitung übrig haben oder unter den Mitgliedern sammeln können. Alle Geldsendungen sind an die Bundesleitung zu richten.

Ein Werbetag der Arbeiterportier in Oberwiesenthal

Wie vor kurzem bereits an anderer Stelle bekanntgegeben wurde, rüsten die Arbeiterturner unseres Gebirgsstädtchens zu ihrem am 24. und 25. September stattfindenden Turn- und Sportfest, verbunden mit Fahnenweihe und jährlichem Gründungsfest. Dieser Tag soll nicht ein Festtag im allgemeinen werden, nein, er soll ein Tag werden, welcher den Feinden der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung Zeugnis ablegen wird, daß unsere Bewegung ein achtunggebietender Faktor ist. Erstreckt sich heute schon auf fast alle Kreise, die Anteilnahme der Genossen aus dem Niederlande eine äußerst rege ist. Trost dem appellieren wir hiermit nochmals an alle Arbeiter-Organisationen: Laßt uns nicht im Stich; komme ein jeder, der es nur einigermaßen ermöglichen kann. Entsendet wenigstens eine Fahnen-deputation, damit der Kampfcharakter unserer Arbeiter-Turn- und Sportbewegung der obersten Ergebenheitsbesichtigung in wahrer Weise demonstriert werden kann. Schafft auch genügend Spielmanschnisse usw. herauf, damit auch diese ein herliches Zeugnis von der agitatorischen Kraft, die dieselben in sich tragen, ablegen können. Meldet euch rechtzeitig an beim Gen. Oscar Richter, Oberwiesenthal i. Sa., Wöhmlische Straße 63, unter Angabe eurer Ankunftszeit, Teilnehmerzahl, ob ihr Quartier oder Essen braucht, oder sonstige Wünsche habt.

Arbeiter-Samariter-Kolonie Königgrätz. Nächster Karussell beginnt über: „Gute Hilfe bei Unfällen und plötzlichen Erkrankungen“ voraussichtlich am 7. Oktober. Meldungen bis spätestens 20. September an Paul Bitt, Gartenstr. 156, i. G., bezieht nähere Auskunft.

Veranstaltungskalender

Kommunistische Partei
 Dienstag den 20. September:
 Stadtteil 2, Strahlenstein u. V. Verammlung im Ref. Jan Krug, Wölkchenstraße, 19.30 Uhr.
 Stadtteil 2, Strahengecke C. Verammlung im Ref. Rosat Köllnerstraße 35, 19.30 Uhr.
 Töberschau. Ortsgruppenversammlung bei Michel, 19.30 Uhr.
 Mittwoch den 21. September:
 Stadtteil 1, Strahengecken D u. C. Verammlung im Ref. Dörsch, 19.30 Uhr.
 Stadtteil 5, Strahengecke B. Verammlung im Ref. Eick, Trachenberge, 19.30 Uhr.
 Silberh., Strahengecke G. Verammlung im Gellhaus-Gelb, 19.30 Uhr.
 Arbeitergebiet Weiskirch. 20 Uhr Lichtbildvortrag der JfW im Gasthof Kändler, Klingenberg. Alle Genossen nehmen teil.
 Bauhen. Jenseitserklärung. Siehe Arbeitsplan. Ref. Lohs, Eschewitz in Pflicht.

Donnerstag den 22. September:
 Stadtteil 2. Die Stadtteildelegiertenkonferenz findet nicht am Mittwoch bei Dörsch, sondern am Donnerstag im Ref. Glashütten Hof, Glashütten Straße 97, bei Kopsdorfer Straße, statt. Die Vertreter sind verpflichtet, allen Delegierten sofort schriftlich mitzuteilen.
 Freitag den 23. September:
 AG Klingh., Hellerau-Rähnitz, Wilsdorf. 20 Uhr Verammlung bei Pfeils. Tagesordnung: Bezirksparteiung, Referat anwesend.

Kommunistischer Jugendverband
 Dienstag den 20. September:
 Mitteln. 19.30 Uhr wichtige Funktionärsvorstellung mit Jangfron im KfW-Heim, Berwertstraße.
 Mittwoch den 21. September:
 Freital. Gruppenabend im Jugendheim am Platz der Jugend, 19.30 Uhr. Thema: Gegen die Kulturreaktion. Jugendkameraden sind eingeladen. Bringt Freunde und Bekannte mit.

Roter Frontkämpferbund
 Achtung! Kasse! Die Septemberabrechnung muß bis zum 28. September erledigt sein. Durchführung.
 Mittwoch den 21. September:
 Tambourzug Groß-Dresden. 19.30 Uhr Übungsstunde Bürgergarten. Erscheinen Pflicht.
 Kapelle Neustadt. 19.30 Uhr Übungsabend. Erscheinen in Pflicht.
 Ortsgruppe Jischwitz. 19.30 Uhr KfW und KJ gemeinsame Mitgliederversammlung im Stammlokal. Bringt Eder und rotes Papier mit. Gäste willkommen. 17.30 Uhr Funktionäre bei Kam. Alfred.
 Södenberg. 20 Uhr Lichtbildvortrag der JfW im Gellhof Kändler, Klingenberg. Alle Kameraden nehmen teil.

Note Jungfront
 Dienstag den 20. September:
 Abteilung 2. 19.30 Uhr Funktionärsvorstellung KfW-Heim. Wichtig!
 Mittwoch den 21. September:
 Abtlg. 3. 20 Uhr Verammlung Ref. Dörsch, Ref. Kam Müller: Die Wirtschaft der UdSSR.

Noter Frauen- und Mädchenbund
 Mittwoch den 21. September:
 Neustadt-Öst. 19.30 Uhr in Bergers Restaurant, Feih-Kreutz. Ede Helgoländerstraße, Gruppenabend. Gäste willkommen.

Alle Frauen im Stadtteil Zentrum.

Die unsere Zeitung lesen, sind hiermit zu dem wichtigen Vortrag **Joll- und Mietwucher und seine Abwehr** am Mittwoch, 21. September, 19.30 Uhr, im Brandenburger Hof, Berliner, Ede Peterstraße, eingeladen.

Werttätigenchule

Marginalischer Zirkel
 Mittwoch, 21. September:
 1. Vortrag: „Internationale Gewerkschaftsbewegung und der IGB-Kongress in Paris“.
 Vortragender: A. Endezele, Schriftführer, Berlin.
 Der Vortrag findet statt im alten Stadtvocordertenlokal, Landhausstraße 7/9. Beginn des Vortrages pünktlich 19.30 Uhr, Ende gegen 22 Uhr. Rauchen ist nicht gestattet.
 Zur Deckung der Unkosten werden bei Voranbezahlung für alle acht Vorträge 1 RM, bei Einzelbezahlungen pro Vortragsabend 20 Pf. erhoben. Für Erwerblose ist der Zutritt frei. (Wahlzettel und Notizpapier nicht vergessen.)

Ersstes Lichtspielhaus Colla
 Hebbelstraße 10, im Turnerheim
 Täglich bis Sonntag, 25. Sept.:
 Der große Sillennfilm
Der Weg zur Verdammnis
 Sonntag 1/3 Uhr: Kindervorstellung

Julius Scholz & Co.
Cigarren
 Wettnerstraße 49 / Frauenstraße 2-10
 Man sagt: Qualität, Auswahl und immer billig
Werbt Leser für die Arbeiterstimme

Geschäftseröffnung
 Einer sehr geehrten Einwohnerschaft von Pirna und Umgebung zur gefl. Kenntnis, daß ich mit dem heutigen Tage aus der Firma Richter & Frind ausgeschieden bin. Mein Geschäft befindet sich jetzt
Pirna, Neue Dresdner Straße
 (Hrädler dem Stahlwerk.
 Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, meine sehr geehrte Kundschaft auch weiterhin reell zu bedienen, wie ich es seit meiner 24-jährigen Selbständigkeit gewöhnt bin. Ich führe sämtliche Artikel wie bisher, u. a. Motorräder, Fahrräder, Wringmaschinen, Nähmaschinen, Sprechapparate, Sport- u. Pubertätswaren. Spezialität in Gramophonreparaturen, sowie sämtlicher vorkommenden Arbeiten.
 Hochachtungsvoll
Mag Richter, Mechanikermeister

Touristenverein „Die Naturfreunde“
 Ortsgruppe Zittau
 Donnerstag, den 22. Septemb., abends 8 Uhr, in der 1. Volksschule, Augustusallee
Öffentlich. Lichtbilder vortrag
 Wanderungen und Hochtouren im Reichsspitzgebiet
 Referent: Herr A. Queilsch, Zittau
 Eintritt 30 u. 50 Pf., an d. Kasse 20 Pf. Aufschl. Vorverkauf in den Volksbuchhandlungen Neustadt und Amsienstraße.

Bäckerei Babel
 Schandauer Str. 79 / empfiehlt
 frische Backwaren
 Kaffee
Wurst-Schneider
 Fleisch- und Wurstwaren
 Frühstückstube
 Trompeterstr. 17

Bilanz des Edinburger Gewerkschaftskongresses

Beitrag des Worters Pils, Journalisten

des XV. Kongresses vom 16. September

Auf dem Gewerkschaftskongress in Edinburg haben sich die gegenwärtigen Gewerkschaftsführer offen für eine Zusammenarbeit mit den Kapitalisten erklärt, anstatt sie zu bekämpfen.

Im vorigen Jahre hat Tug in Bournemouth bereits eine ähnliche Erklärung über „neue Methoden“ der Forderung gemacht, das heißt über die Aufgabe der Streikwaffe. In diesem Jahre ist der frühere „linke Flügler“ in seiner Eröffnungsansprache viel weiter gegangen, indem er die Zusammenarbeit zwischen den Arbeitern und den Kapitalisten verlangte und diese beiden Seiten als „verantwortlich“ bezeichnete.

Er machte sich über jene lustig, die den Arbeitern die Wahrheit sagen, nämlich, daß mit den Kapitalisten zusammenarbeiten gleichbedeutend ist mit „sich den Kapitalisten zu unterwerfen“.

Der Gewerkschaftsfunktionäre, die die überwiegende Mehrheit des Kongresses darstellten, folgten begeistert dem Ringergeheiß. Sie unterdrückten jede Diskussion über die Streikwaffe. Die Delegierten Dapcelo Wilsons und der unpolitischen Betriebsgewerkschaften, die jetzt von den Unternehmern gebildet werden, lehnten den Vorschlag ab, eine Reorganisationskommission zu ernennen, die sich mit der zukünftigen Politik der Bewegung beschäftigen sollte. Sie erklärten sich zugunsten einer Kampagne für die Vereinigten Staaten Europas, die ohne einen Kampf gegen Kapitalismus nur eine Kampagne für internationale Klassenzusammenarbeit sein würde. Sie billigten die Handlung des Generals, jeden Schritt zu den Industriegewerkschaften zurückzuweisen. Sie billigten den Bruch, den der Gewerkschaftsrat mit den Gewerkschaften der Sowjetunion durchgesetzt hatte, dem ersten Bande, wo die Arbeiter den Kapitalismus gefolgt haben. Aus demselben Grunde unterstützten sie den Generalsrat in seinem Rückzug gegen die Arbeiterbewegung, die organisierte Opposition innerhalb der Gewerkschaften, die auf den Kampf gegen die Kapitalisten besteht.

Alles, was den Kapitalisten anständig erschien, mußte gegen alles, was den Kapitalisten gefiel, wurde unterstützt. Kein Wunder, daß die kapitalistische Presse mit ihrem Lob über den Edinburger Kongress nicht spart. Während die Arbeiter infolge dieser Erklärungen Klassenbewußter geworden sind, haben sich die Gewerkschaftsfunktionäre noch offener als ein fast einhelliger Fluch des aktiven und passiven Verrates an den Arbeitern entfaltet.

Im vorigen Jahre, auf dem Kongress von Bournemouth haben die früheren Sozialisten im Generalsrat (Burcell, Hils, Hils, Hils) ruhig da, während ihre Kollegen vom rechten Flügel (Hils, Hils, Hils) den Verrat an Generalsrat verurteilten. In diesem Jahre wurde einer der früheren „Linken“, Georges Hils, auserwählt, um als Vorsitzender für die Klassenzusammenarbeit zu sprechen und alle die angeblichen Freunde Russlands über zu überzeugen, daß, während der rechte Flügel (Thomas, Hils, Hils) erklärte, daß der Generalsrat einmütig in jeder Hinsicht, die anglo-russische Einigkeit zu sabotieren und das anglo-russische Komitee zu sprengen.

Während ein Führer des rechten Flügels nach dem anderen schand, sobald kapitalistische Interessen bedroht wurden (gegen Industriegewerkschaften, für den industriellen Frieden, gegen die Arbeiterbewegung, für die täuschende Parole der Vereinigten Staaten Europas), wogte es die frühere „Linke“ nicht, den Mund zu öffnen.

Die meisten der Gewerkschaftsfunktionäre der zweiten Garde, die den Hauptteil der Delegierten des Kongresses ausmachten, erwiesen sich als willige Werkzeuge ihrer Führer. In wichtigen Delegationen (besonders in denen der Bergarbeiter, Eisenbahner und Metallarbeiter) zeigten die Delegierten sich so wieder, daß sie im engeren Kontakt mit den Arbeitern waren, indem sie entweder für die Resolutionen stimmten, die von dem revolutionären Flügel eingebracht wurden, oder indem sie es unterließen, gegen dieselben zu stimmen (gegen die Unterdrückung des Blonesburg-Berichtes durch Margarete Bondfield, in der Industriegewerkschaften, für eine Delegation, die die Arbeiter Arbeitsbedingungen in Indien untersuchen sollte). Solches wurden sie jedoch durch den Schrei: „Das ist ein Verrat der Arbeiterbewegung“, kopfschüttelnd gemacht.

Die Gewerkschaftsführer bekämpfen die Arbeiterbewegung, weil sie in ihr eine Bedrohung ihrer Politik der Unterwerfung unter die Kapitalisten sehen. Die Mehrheit der zweiten Garde der Funktionäre folgte ihren Führern aus Furcht, daß eine Gewerkschaftsbewegung, die nicht nur Mittelklassebewegung sammelt und Unterwürfungen sucht, sondern auch kämpft, für sie keinen Platz haben würde.

Der Entschluß des anglo-russischen Komitee zu liquidieren, war nur ein Teil der kapitalistischen Kriegsvorbereitung gegen den Arbeiterstaat. Die Zusammenarbeit mit den Kapitalisten, Churchill und Chamberlains, die den Bruch der diplomatischen Beziehungen herbeiführten, führte zum nächsten Schritt: Bruch der Beziehungen zwischen den Gewerkschaften zu dem Zweck, um ein großes Hindernis aus dem Wege der Kriegpropaganda zu schaffen.

Während des Generalsratstreifes weigerte sich der Generalsrat, die prohrärische, finanzielle Hilfe, die von den russischen Arbeit-

tern angeboten wurde, anzunehmen — weil diese Hilfe den Kampfgeist der Arbeiter geschwächt hätte, anstatt ihn zu dämpfen.

Während des Bergarbeiterkampfes wies sie den russischen Vorschlag zurück, einen internationalen Feitrag einzusetzen und eine Kampagne für das Embargo zu führen — aus demselben Grunde. Der Generalsrat landete Delegierte zum internationalen Arbeitsrat in Gené, aber er weigerte sich, Delegierte zum russischen Gewerkschaftskongress zu entsenden. Als die Regierung in das Arcos-Gebäude einbrach und dann die Beziehungen abbrach, landete der Generalsrat nur einen schwachen Protest an Baldwin; er nahm jedoch eine Resolution an, in der er die proletarische Regierung angriff, weil sie Baldwin Spione und terroristische Agenten in Russland entsand. Durch alle diese Maßnahmen und durch die Sabotage der Resolution von Scarborough, in der eine internationale Konferenz ohne vorherige Bedingungen gelodert wurde, hat der Generalsrat seit zwei Jahren Baldwin Spiel geliebt. Die Delegierten, die mit der Zusammenarbeit mit Baldwin einverstanden waren, behielten natürlich auch das letzte Verbrechen: den Bruch des anglo-russischen Komitees. Nicht umsonst hat Churchill die Befehle des Gewerkschaftskongresses begrüßt.

Die Delegation der Bergarbeiter in Edinburg hat mit ganz wenigen ehrenvollen Ausnahmen das Vertrauen einer Million Bergarbeiter betragen, indem sie sich weigerte, gegen den Bruch mit der russischen Arbeiterklasse zu stimmen. Keine der Delegationen, die den Generalsrat unterstützten, vertrat die Klasse ihrer Mitglieder und der Generalsrat weiß das auch. Er bewies doch er das wachte, durch seinen hypokritischen Vorwand (entlassen von London Hils), daß „wir nichts gegen die russischen Arbeiter haben“.

Gerade die Bergarbeiterdelegierten hatten am allerwenigsten das Recht, sich der Stimme zu enthalten, und dadurch das Spiel jener Leute zu spielen, die für die Niederlage der Bergarbeiter im vorigen Jahre verantwortlich sind. Sie wußten sehr gut, daß, wenn der Bergarbeiter gefragt worden wäre: „Bist du mit dem Bruch mit der einzigen Arbeiterklasse, die die Kohle aufhebt und an ihrer Statt Gold sandte, um deine Kinder im vorigen Jahre zu füttern, einverstanden?“ — Die Antwort gewesen wäre: „Nein!“ Deshalb war die Stimmhaltung der Bergarbeiter bei Großbritanniens ein Verrat nicht nur an den russischen Arbeitern, sondern an ihren eigenen Mitgliedern. Wenn auch Cool nicht den Mut hatte, aufzustehen und die Meinung der Mitglieder vorzubringen, so hätte er doch nicht eine diplomatische Rede halten dürfen, die bemußt oder unbewußt direkt in die Hände des Generalsrates arbeitete und in der er Thomas und Hils auf dieselbe Stufe stellte durch seine Herabsetzung jeder fremden Einmischung und durch seine Aufhebung, sich der Stimme zu enthalten in einer Angelegenheit, in welcher er nur zu gut wachte, daß der rechte Flügel seinen Willen bereits gefaßt hatte.

Die wirkliche Stimme der Arbeiter, die von der Mehrheit des Kongresses verärrert und falsch wiedergegeben wurde, kam zum Ausdruck in der größten Stärke und in der bedeutendsten Rolle, die die Arbeiterbewegung in Edinburg gespielt hat. Mehr als zweimal so viel Genossen, als am Kongress von Bournemouth teilnahmen, spielten ihre Rolle in Edinburg. Vom Anfang bis zum Ende des Kongresses war es nur die Arbeiterbewegung, die den reformistischen Führern mutig gegenübertrat im Namen von Millionen der Arbeiter außerhalb des Kongresses. Nur sie vertrat bei jeder Gelegenheit eine konsistente Arbeiterklassenpolitik — in der industriellen Organisation, in der internationalen Politik, in der Kolonialpolitik usw. usw. Nur sie trat gegen die Politik der Kapitalisten vor den Unternehmern auf, die von der alten Führerschaft propagiert wurde. Nur ihrem entschlossenen Kampfe ist es zu danken, daß die alte Kongressstrategie gebrochen werden konnte, nach der sich die Generalsratstreife über das Recht der einzelnen Delegierten an der Diskussion teilzunehmen, hinwegsetzen konnten. Nur die Arbeiterbewegung hatte den Mut eine Erklärung herauszugeben, nachdem der Bruch mit der russischen Arbeiterklasse notwendig war, in der sie den Arbeitern klar sagte, daß in ihrem Namen ein Verbrechen begangen wurde.

Und die Lehren von Edinburg? Größere Aktivität der Kommunisten und Gewerkschaftsarbeiter. Keine Niederbegebenheit, sondern neuer Mut für die Arbeiterbewegung aus der Klassenpolitik, die sich in Edinburg zeigte. Schärferer Kampf als je für die Solidarität mit den russischen Arbeitern, hundertprozentige Erlösung der Arbeiter durch die Gewerkschaft.

Alle Parteileitungen

fordern sofort das bisherige Ergebnis der **Unterschriftensammlung für die 3. Rußland-Delegation** an den Dezist

ten Reorganisation und Erziehung der reformistischen Führer durch eine revolutionäre Kampfer.

Viele Lehren müssen wir aus Edinburg ziehen. Obwohl die Stimmenzahl gegen den mutigen linken Flügel größer als je war, muß doch jeder Klassenbewußte Arbeiter verstehen, daß man diese Stimmenzahl nur erreichen konnte, indem man den Arbeitern die Taten der Reformisten zeigte. Edinburg hat die Arbeiterbewegung nicht wegschwemmt, wie die kapitalistische Presse erklärt. Im Gegenteil. Dank des mutigen Kampfes der Arbeiterbewegung wurde der Riß zwischen den Klassenbewußten Arbeitern und der alten reformistischen Führerschaft vertieft.

Deshalb: Nicht weniger, sondern mehr aktive Arbeit in den Gewerkschaften und im belandeten Aufbau einer mächtigen Arbeiterbewegung, die den Kampf mit der alten Führerschaft auf der ganzen Linie aufnehmen kann, wie das bereits in der Bergarbeitergewerkschaft der Fall ist. Das ist die größte praktische Aufgabe, die vor den aktiven Arbeitern steht. Weiter müssen unsere Genossen darauf sehen, daß jeder Delegierte zum Gewerkschaftskongress über sein Verhalten den Arbeitern referiert und daß er streng zur Verantwortung gezogen wird, wenn er für die Klassenzusammenarbeit und gegen die Interessen der Arbeiterklasse gestimmt hat.

Ruhehohnverforgung der Gemeinbedarbeiter

Vom Gemeinbedarbeiterverband wird uns geschrieben: Zu den völlig unakzeptablen gewordenen Verhältnissen in der Ruhehohnverforgung der sächsischen Gemeinbedarbeiter nahm eine Versammlung der Vertrauensmänner des Verbandes der Gemein- und Staatsarbeiter in scharfer einseitiger Form Stellung. Sie beschloß einstimmig, jeden von der Verbandsleitung beabsichtigten Weg zu beschreiten, der geeignet erscheint, die Forderungen der Organisation der Verwirklichung entgegenzusetzen. Ferner fand nachstehende Entschließung einstimmige Annahme:

Die am 5. September 1927 verammelten Vertrauensmänner des Verbandes der Gemein- und Staatsarbeiter nehmen Kenntnis von dem Stand der Ruhehohnverforgung der sächsischen Gemeinbedarbeiter. Sie protestieren aufs schärfste und um wiederholten Male gegen die Verschleppungspolitik der sächsischen Regierung. Nach deren für die Gemeinbedarbeiter unannehmbaren Vorschlägen wird nicht nur eine allgemeine Verbesserung unterbunden, sondern es würden gegenüber den jetzigen und den vorzeitigen Verhältnissen beträchtliche Verschlechterungen eintreten. Schon heute erhält der Gemeinbedarbeiter nach Dienstunfähigkeit oder der Vollendung des 65. Lebensjahres einen völlig unzureichenden Ruhehohn. Der sächsische Regierung ersucht er noch zu hoch. Die Mitte 1925 geschaffenen Richtlinien bedeuten aber auch einen Eingriff in das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden. Vergeblich warten die Gemeinbedarbeiter auf eine Unterstützung ihrer Gemeinbedarbeiter in dem Kampf um die Befestigung der Richtlinien.

Seit Mitte 1925 besteht keine fest verankerte Ruhehohnordnung; fortwährend eingehenden sächsischen Körperschaften wird es unmöglich gemacht, die größte Not der Ruhehohnverforgung etwas zu lindern, sie müssen sie auf Befehl der sächsischen Regierung im Eile befassen. Wenn unter solchen Umständen die Gebuld der Gemeinbedarbeiter ein Ende nimmt, so hat die sächsische Regierung die daraus entstehenden Forderungen zu tragen. Gewarnt wurde sie schon mehrmals; auch dem Landtag soll hiermit nochmalige Warnung zugehen werden. Die sächsischen Arbeiter Dresdens und mit ihnen die sächsischen Gemeinbedarbeiter erwarten von der sächsischen Regierung und dem Landtag die Nachprüfung der seit unannehmlich gewordenen Lage der Ruhehohnverforgung und Hinterbliebenen. Dann erhofft die Versammlung endlich eine sofortige Bearbeitung der dem Landtag und der sächsischen Regierung bekannten Forderungen der Organisation.

Lohnbewegung der Chemnitzer Zimmerer

Chemnitz, 19. September. Da die Unternehmer die geforderte Lohnerhöhung nicht bewilligen, ist von den Chemnitzer Zimmerern am 14. September der Streik beschlossen worden. Zu- zug ist fernzuballen.

Streik in Hamburg

Hamburg, 19. September. (Eig. Drahtbericht.) Die Starbrom-Gleisler Hamburgs sind in den Streik getreten, da ihre Forderungen von den Unternehmern abgelehnt wurden. Der Kampf geht gegen die geplanten Verschlechterungen, um Erhöhung der Löhne und um Erweiterung der Ferien. Die Unter- nehmer wollen den Lohn der Ranggeleiten der im ersten Jahre nach der Lehre 80 Prozent des vollen Lohnes beträgt, auf 60 Prozent herabsetzen. Die Forderung der Gleisler nach Erhöhung des Lohnes von 1,03 auf 1,25 Mark wurde abgelehnt. Außerdem wollen die Unternehmer die Wegezeit nicht mehr als Überstunden, sondern als gewöhnliche Lohnstunden bezahlen.

Verantwortlich für den Dresdner und Ostschlesier: Bruno Goldhammer, Dresden; für den gesamten übrigen Inhalt: Rudolf Kenner, Dresden. — Druck: „Gewog“, Druckereifabrik Dresden

ROMANOV FJODOR GLADKOW

ZEMENT

Aus dem Russischen übertragen von Olga Halpern
Copyright 1922 by Verlag für Literatur und Politik (Dr. Johannes Wertheim), Wien, Berlin

(64. Fortsetzung)

Und nur eines flüsteria jemand rasch und streng in Jimkas Ohr, und es schien ihr, als ob nicht sie, sondern ein anderer flüsterie:

— Schweig und schweig ... schweig und schweig ... Blind, kann ... schweig ...

Es schien ihr: eine große Menschenmenge stürzte sich auf sie und werfe sie zur Seite.

Das waren vier Kosaken, die Jimka und Petro mit den Gewehren stießen.

Sie trippelten schweigend, ergeben, ohne sich umzusehen. Und nur, als sie sich etwas entfernt hatten, schrie Jimka und schlug wie ein Vogel um sich. Riß sich zurück und winkte mit den Händen.

— Dajsha — meine liebste Dajsha ... Was machen sie mit mir, Dajsha ...

Man stieß sie und schrie sie schreienbetäubend an. Sie kreischte auf, schlug um sich und fiel auf den Sand. Man riß sie an den Händen und hob sie wieder auf. Schweigend gingen sie noch einige Schritte. Sie blieb stehen und rief belagert:

— Dajsha ... was habe ich gemacht? ... Ich habe mein Tuch auf dem Auto vergessen ...

Und wiederum erkante wiederendes Geschrei und wiederum wurde sie nach vorn getrieben.

Und dort, vorn, auf dem sandigen Ufer, das im Meer im dunklen Glänzen hineinschmolz, dort, wo das Meer glanzlos wie ein hingender, schwarzer Ader in die Finsternis hineinwuchs — sah Dajsha nur tiefe Schatten, und diese Schatten schienen wie trunken auf einer Stelle zu tanzen.

Und wieder erkante der freischende Schrei Jimkas:

— Ich will nicht, ich will nicht! ... Mit meinen eigenen Augen will ich meinen jungen Tod sehen ...

Und bis zum ersten Schuß hörte sie nicht zu schreien auf:

— Geht weg, geht weg! ... Ich will! ... Mit meinen Augen will ich ...

Und als die Schüsse ertönten, schien es Dajsha, als ob das Meer mit Jimkas Schreien sang und schrie.

Ein Schreien kam ganz nah an Dajsha heran.

— Zum letzten Male: sag, wer arbeitet zusammen mit den Grünen? Ich gebe dir mein Wort, dich sofort nach Hause zu lassen. Oder sonst — du siehst — wirst du sofort dort sein ...

Und wie früher antwortete Dajsha, wie ein kleines dummes Mädchen:

— Ich bin doch eine Frau, wie kann ich wissen, wer ein Grüner ist und wer nicht. Ich habe eine Tochter Kurotscha, und ich arbeite ... ich muß mich doch ernähren.

Und fing zu weinen an. Sie weinte wirklich, aber nicht sie weinte, sondern ihr kleines Töchterchen, es schlug wie ein Bögelchen in ihrem Herzen um sich.

— Gut ... schaffst diesen Gänseleisch dort weg. Schleppt ihn an Händen und Beinen dorthin, zu den anderen.

Man schleppte den schneurechtigen Jimin, und Dajsha hörte nur einen Schah.

Und wieder trat ein Offizier nahe an sie heran.

— Ich gebe dir eine halbe Minute Zeit ...

— Was kann ich Ihnen sagen? ... Schließen Sie, schließen Sie nur! ...

Und sie schaute, es wird noch ein Augenblick vergehen, und sie wird auf den Sand fallen wie Jimka und um sich schlagen — das Herz schmolz und zerbrach — und sie wird laut in die Welt hineinschreien.

Und plötzlich fiel sie um und stieß mit dem Kopf an ein Eisen.

Wieder bewegte sich und trommelte das Auto, und wieder erlangen eben, nahe, zum Greifen nahe, die goldenen Tropfen der Sterne. Und über den Bergen brannte im leuchtigen Nebel der Himmel.

Man warf sie nicht in den Keller, sondern führte sie in das ihr bekannte Zimmer. Und derselbe Hauptmann, mit den Wideln im Gesicht, sagte deutlich und faul, ohne sie anzusehen:

— Ingenieur Kleist hat für dich gebürgt. Wir glauben nicht dir, sondern Ingenieur Kleist.

— Ein gutes Weib, die Wotja, und eine gute Freundin — (und dabei verbrannten ihr zu dieser Zeit ihre Knielein an einem bösen Fieber).

— Du kannst gehen. Aber du sollst wissen: wenn man dich erwischt, wirst du niemals, nach Hause wiederkehren. Und noch einmal: es ist dir hier nichts passiert, und deine Augen haben nichts gesehen. Und wenn du über etwas reden wirst — dann wird mit dir dasselbe geschehen, wie mit all diesen Hund- den. Nun mach, daß du fortkommst — mach!

Und Dajsha ergitterte nicht mehr, denn fest und für immer verbunden sich ihre Augenbrauen über der Nase in einen dichten Knoten.

Sie sagte niemandem etwas, lernte aber Worte sprechen, sachlich und zur rechten Zeit. Sie war nur nachts zu Hause, und ihr Zimmer wurde schmutzig, und in den Ecken blühten Staub und Schimmel. In den Fenstern verzweiften und trockneten die Blumen, das Gesicht wurde bleich und die Augen fast und durchsichtig. Sie verbrachte ihre ganzen Tage bei Wotja, ihrer guten Freundin, einer lieben Hausfrau. Freundschaftlich mit Samischka an, mit Gromada, und sah lange mit dem dunklen Lohschel in den Höfen des Werkes. Unbemerkte bereitete man sich zum Empfang der Roten Armee vor, und sie verwickelte Lohschel und Gromada und Samischka in ihre heimliche Arbeit. Früher schliefen sie in der Nacht und sahen am Tage auf die Berge. Und jetzt waren ihre Augen schlaflos in der Nacht, und am Tage stellten sie sich blind.

Mit einer stummen Frage in den Augen kamen Soldaten. Sie kamen, um sie anzusehen, Dummdheiten zu machen, mit der jungen Witwe zu spielen. Sie kamen, einmal ... zweimal, und verschwanden dann. Und statt ihrer kamen — andere. Aber wohin die ersten verschwunden waren — konnten die fastgewordenen Augen Dajshas niemand sagen.

Und hier, zum ersten Male, aus freiem Willen, ohne Gijeb in ihrer Seele untreu zu werden, gab sich Dajsha anderen Männern. Und wenn sie daran dachte — bereute sie es nicht. Als ob das auch zu ihrer gefährlichen Arbeit unter den Augen der Gespionage gehörte. Kom so ein Mann mit verstellten, dunkeligen Augen, wich nicht von ihrer Seite, ging nicht in die Berge. Sprach zu ihr von Herzen:

— Ich kann ohne dich nicht weggehen, Dajsha ... Ich will kein wildes Tier im Walde sein ... umarme mich in meiner letzten Stunde ... Durch dich sind mit die ärghen Schreden nicht fürchterlich.

Es ist wahr, es gab Augenblicke, in denen sie trunken war — aber das war eben ihr Opfer, das sie zu bringen hatte. Wo mit-war dieses Opfer mehr als ihr Leben? Und dieser Augenblick füllte einen anderen Menschen mit Kraft und Zukunftsgläubigkeit.

Im Hafen standen englische Schiffe, sie nahmen unzählige Klassen von reichen und vornehmen Flüchtlingen auf, die von Koeden kamen.

Und irgendwo, hinter den Bergen, dröhnte die Erde mit unterirdischem Donner, und in der Nacht tropften von diesem grenzenlosen Donner die Sterne wie Feuer herunter.

(Fortsetzung folgt.)

SLUB
Wir führen Wissen.

SLUB
Wir führen Wissen.

DRESDEN-PIESCHEN

Kolonialwaren Lebensmittel R. Grundherr
Rehefelder Str. 5 29040

Optiker Winkler
Leipziger Str. 22
Kassenlieferant 29109

Decken Sie Ihren Bedarf an Tabakwaren im Pavillon am Sportplatz Dresden-Neustadt.
Oskar Schneider!
Leipziger Str. 7 29111

Kolonialwaren P. Großmann
Mollkestr. 46 29072

Kolonialwaren Fleisch- und Wurstwaren Bruno Frenzel
Torgauer Str. 34
Leipziger Str. 34 29073

Ida, vorm. Reilng
Produktengeschäft
Rehefelder Str. 84 29118

Bäckerei Otto Marx
Oschatzer Str. 30 29071

Zwiebad-Reuther
Torgauer Str. 29 29076

Fahrräder Hans Weigelt
Leipziger Str. 54
Reparatur-Werkstatt 29108

I. Bollinger Stahlwaren
sowie sämtliche Schleifarbeiten
OTTO KOCH
Leipziger Straße 78
Vorsänger erhält 25% Rabatt 29060

Pleschner Vereinshaus
Inh. Th. Hollmann
Mohnstr. 1, Ecke Torgauer Str.
Verkehrslokal der Partei u. des RPB 29078

Trikolagen-Maschinen, Strumpf- und Kerzenware
M. GÜTER, Leipziger Straße 40
29059

A. Langer, Torgauer Straße 50
Zilien 6, 12, 15
Herren- u. Knabenkonfektion; Schuhwaren 29058

Oler, Butter, Käse, Milch
Schwedlers Nachf., W. Matzschka
Oschatzer Straße 21 29057

Walter Kröber, Kürschnermeister
Leipziger Straße 86 und 87
Pelzwaren, Hüte, Mützen, Herrenartikel 29055

Schuhwarenhaus Hermann Noack
Leipziger Straße 88
Meß- und Reparaturwerkstatt 29052

Milchener Lad- u. Farbenzentrale
Leipziger Straße 170 (Guthof Altes)
Farben / Lacke / Pinsel 29021

Hauschl. Fleisch- u. Wurstwaren
Paul Colles, Fleischermeister
Bürgerstraße 44 29028

Paul Härtel, Oschatzer Str. 25
Lederhandlung
Schuhmacherbedarfartikel 29024

Fabrikation feiner Fleisch- u. Wurstwaren mit Motortrieb. Eigene Kälteanlage im Hause
Curt Hofmann, Fleischermeister
Central 50133 Torgauer Straße 21 29012

Kolonialwaren, Spirituosen
Gröschbach Nachf., Inh. Ernst Habekuß
Leipziger Straße 191 — 6 Prozent Rabatt 29002

Feine Fleisch- und Wurstwaren
Albert Sondhaus
Leipziger Straße 126 29003

Emil Martin
Drot., Weib- und Einbinderer
Mollkestr. 2 (alte Leipziger Platz) 29054

DRESDEN-NEUSTADT

Metropol-Theater
Windmühlenstraße 5b
Büsenlage u. Freilagsprogramm
weckend 29070

Max Blachstein
Alaunstraße 1
am Albertplatz

Murt Lehmann
Fritz-Reuter-Ecke Hechtstraße
Oberläusitzer Wäsche- und Modenhaus
29075

LEBENSMITTEL

Richard Oestreich
Hechtstraße 86 29076

Martha Haufe
Hechtstraße 73 29077

A. Pötzsch
Oppellstraße 48 29054

Otto Siefert
Oppellstraße 17 29067

H. Schermert, Spirituosen
Hechtstraße 36 29061

Hugo Wolf
Hechtstraße 10 29050

Arthur Geißler
Hechtstraße 18 29049

FLEISCHER

Oskar Pröttsch
Klosterstraße 13 29073

ALFRED STEGLICH
Oppellstraße 11 29058

**Kleidermäntel
Blusen
Röcke
Reifwäsche
Leibwäsche
Haushaltswäsche
Inlette
Strümpfe
Trikolagen
Schürzen
Baumwollwaren**

Preiswürdigkeit!
Gute Auswahl!

Strumpf-Abgabe

FLEISCHER

Max Geißler
Windmühlenstraße 5 29063

Alwin Steglich
Hechtstraße 89 29048

Karl Thomas
Erlenstr. 9, Ecke Hechtstr. 29047

Bernhard Häbler
Hechtstraße 30 29044

BACKER

WILLI TANNER
Oppellstraße 31 29078

Otto Schweigert
Hechtstraße 74 29045

ARNO EINERT
Hechtstraße 8 29044

Johann Tharank
Windmühlenstraße 4b
Schuhwaren und Reparaturen 29054

Kaufhaus Julius Caspar
Dresden-Neustadt, Hechtstraße 14
Nur Qualitätswaren — Große Auswahl
Außerste Preise 29078

DRESDEN-PIESCHEN

Lebensmittelhaus WILLY STARKE
Leipziger Platz — 6 Prozent Rabatt 29079

Spezial-Bäckerei Otto Borgmann
Mollkestr. 53 29079

Benigshufenbäckerei Ernst Schäfer
Rehefelder Straße 72, empfiehlt sich zu Lieferungen für Vereinstrefflichkeiten 29060

Hirsch-Drogerie
Arno Oppelt, Torgauer Straße 58
Elektren, Vorkwäschel, Farb., Photo-Artik. 29074

Eisenwaren, Werkzeuge Haus- und Küchengeräte
Gehr. Streubel, Konkordienstraße 52
29056

Fabrikation feiner Fleisch- und Wurstwaren mit Motortrieb
Paul Nicolaus, Konkordienstr. 27
29047

Gustav Haase, Bürgerstraße 59
Filiale: Mollkestr. 18 — Telefon 50 997
Kolonialwaren, Konserve 6 Prozent Rabatt 29056

Schuhwarenhaus Joseph Kleine
Konkordienstr. 52, Ecke Torgauer Str. 29054

Holz, Kohlen, Briketts
Hermann Schubert
Altpieschen 4 29081

Alfred Bienert, Leipziger Str. 10
Zigarrenfabrik
Direkter Verkauf an Verbraucher 29107

Damen-Frisieralon Rau
Leipziger Straße 33
Zubehör / Schnitt und -pflege 29108

Arbeiter-Photographen
Besteuren Bedarf in Photoartikeln in der
Lilien-Drogerie, Leipziger Straße 22
29110

Optiker Bräuer
Frankenstraßenlieferant
Konkordienstraße 31 29075

Schokoladen Konfitüren
H. Marschan
Leipziger Str. 150 29081

Ernst Liebold
Kobuschlächterei
Oschatzer Straße 54 29064

Fr. Fanger
Dresden-N.
Oschatzer Str. 15 29074

Restaurant Paul Richter
Altpieschen 17 29052

Waffel- u. Paastische-Güter
Eduard Grunow
Konkordienstraße 31 29080

Fahrräder Reparaturen
Adolf Hänel
Bürgerstraße 42 29071

Akkumulatoren
Luscher
Oschatzer Str. 17 29077

Kolonialwaren Lebensmittel Milch
Alma verwa. Bögel
Konkordienstr. 39 29058

Kolonialwaren Grünwaren
L. Mathens
Torgauer Str. 40 29074

Restaurant „Bürgerhof“
Bürgerstraße 29
Verkehrslokal der Partei und des RPB 29071

KOTZSCHENBRODA

„Braustübel“
Bahnhofstr. Beliebte Einkehrstättchen 29099

CARL PITTUS, Bahnhofstraße 11
Buch-, Papier-, Leder- und Spielwarenhandlung 29070

L. Rönisch Nachf., Vorwerkstraße 9
Lebensmittelhaus
Erschließung 29071 Preiswert!

Paul Naumann
Papier- und Schulbuchhandlung
Gartenstr. 15, gegenüber der Schule, Fernspr. 846 29072

Haarformer Großhans
Damen- u. Herrenfrisieralon, Meißner Str. 42 29021

Kurbelstickerie und Plättenspresserei
Hilse Jaschke, Dresden-N., Steinstr. 6, Erdg. 29069

Fritz Neugebauer Nachf., Lange Str. 3
Preiswerte Schuhwaren aller Art 29048

R. SCHREYER, Meißner Straße 48
Uhren - Reparaturen 29067

M. Müller, Gartenstraße 10a
Kurz-, Weiß- u. Wollwaren / 5% Rabatt
Anfertigung von Kleidern u. Wäsche 29046

Wasch- und Plättanstalt
Ernst Schöne, Kötzscher Str. 37, Telefon 910 29065

Paul Lindner Gradsteg 1
Herrenmaßschneiderei 29044

D. Seitz, Gradsteg 1a (alte der Schule)
Kurz-, Weiß- und Wollwaren
Arbeiteranzüge / 5% Rabatt 29068

P. Förster, Gradsteg 1b, Spezialhandlung
feinster Halbleinwand und Dänischer Tafelbrot 29062

R. Weisgerber, Vorwerkstr. 12 / Geg. 1583
Zollinger Stahlwaren, Schleiferei und Reparatur 29061

Max Chmel, Ottostraße 1
Buchbinderei und Papierhandlung 29060

W. Gräbel, Hauptstraße 48
Füllmittel, Getreide, Samen
Holz und Kohlen / Tel. 380 29028

E. Rentsch
Obst, Gemüse, Hechtstr. 18 29021

Restaurant „Elbflora“
Verkehrslokal der organisierten Arbeiter
M. Wiederanders, Kofertenstraße 19 29067

Schubert & Sachse
Flaschen und Syphon-Biere
Förstereistr. 13, Telefon 50135 29020

„Kronen“
Dr. Dampf, Lohn- u. chem. Wäscherei
Dettmeyer, Simon & Co.
Förstereistr. 13, Ruf 51 916
Wäscherie, Gardinenbühnen, Abpretur
Wäsche, Reinigen u. Bügeln der gefärbt.
Herren- und Damen-Wascherei 29019

KOTZSCHENBRODA

Willy Troncke, Hauptstr. 1
Feinherren- u. Herren 29059

Karl Kramer, Neue Straße 4
Leistungsfähiger Schuhmacherbetrieb 29057

Hugo Schiefer, Neue Straße 5
Ba. Fleischwaren u. Wurstwaren
Geegründet 1870 — Ruf 67 29056

Hermann Ullrich, Bahnhofstraße 5
Feine Fleisch- und Wurstwaren 29055

Buch-, Papier- u. Galanteriewaren-Handlung
Georg Forbriger, Bahnhofstraße 14
29054

H. Schackert, Bahnhofstraße 8a
Linoleum, Wachsleue, Tapeten 29053

SCHUHHAUS TITTMANN
Bahnhofstr. 8a, Neulle u. billige Besatzteile 29052

KLOTZSCHE HELLERAU

Holz, Kohlen, Koks und Briketts
Emil Philipp
Königsbrücker Straße 8a 29074

Achtung! Genossen!
Grundrah. Weine, Obstweine, Sekt
Zigaretten, Tabak und Zigarren
30 % Rabatt, Besten Preis 29073

WEISS & LEDERER
Herren- und Knabenkonfektion, Schuhwaren
Herren-Artikel 29077 Bischofsplatz 6

Kolonialwaren
Albert Wulensch, Hechtstraße 51
29058

Papier- u. Spielwaren-Handlung
Rud. Wünschmann, Hechtstraße 33 29057

Bruno Gerstenberger
Nachgeschä. feiner Lederwaren,
Koffer, Berufs- und Damenaschen
Eigene Werkstätte
Fritz-Reuter-Str. 21, Hechtstraße 10 29075

Frisier-Salon Max Schneider
Windmühlenstraße 13, Einzug Hechtstraße 29058

Zoologische Handlung, Ems Nost, Hechtstr. 13
Vogel- u. Fischfutter, div. Urseltier, kleine
Kanarienvögel 29052

COSWIG

Rudolph Koch, Wellingstr. 1
Buchbinderei und Papierhandlung 29073

Walter Koch, Bismarck-Ecke Lindenstraße
Schuhmacher und Lederwaren 29074

OTTENDORF-OKRILLA

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
Paul Logk, Radeberger Straße 31
29027

Fleisch- u. Wurstwaren
Oskar Jöhne
Radeberger Straße 70 29074

Nur dem Geschäftsmann unter Geld, der es mit unsrer Zeitung hält!

HELLERAU-RAHNITZ

Lindengarten
Erdbeeren, Linsen, auch Linsen im Freien
Sonntags die feine Ballmusik 29071

KLOTZSCHE

Max Loizman
ff. Fleisch- und Wurstwaren
Hechtstraße 1 29078

E. John
Königsbrücker Platz 4
Zigarren-Spezialgesch.
Eigene Fabrikation 29090

Konzer- und Ballhaus
Deutsche Reichskrone
Bischowsweg 9 29078

Richard Weinhold
Feine Fleisch- u. Wurstwaren
Karlstraße 37 29079

Friedrich Witzschel
Feine Fleisch- und Wurstwaren
Rahmitzstraße 3 29069

Restaurant Louis Berger
Verkehrslokal der organisierten Arbeiter
Fritz-Reuter-Straße 11 29094

KADITZ-UBIGAU

Restaurant „Zur Schiffswert“
Emilie vorm. Zohle, Gofanderstraße 6 29049

Franz Gnaul, Kolonialwaren
Gofanderstraße 4 29041

Wert-Drogerie
R. Richter, Inh.: K. Tamme
Eosanderstraße 2 29042

UEBAU
GASTHOF UEBIGAU
Burgers-, Ball- und Gartenabstimmung
Jeden Sonntag und Sonntag der große Ball
Sonntag von 4 Uhr ab Gartenkonzert
Angenehmer Familienverkehr schattiger
Garten, Dresdler herrliche Bierhalle
Reinh. Barth u. Frau
29043

Restaurant „Zur Kette“
Paul Braun, Reitelstraße 20
29044

WEINBOHLA

Schuh-, Manufaktur-, Welt- u. Wollwaren
Otto Zeugfang, Dresdener Str. 58
29080

August Reinhold / Herren-Artikel
Trikotier / Woll- u. Baumwollwaren / Wäsche 29029

Damen- u. Herren- u. Damen-Wäsche, Strümpfe
u. Handschuhe **H. I. Söffler, Bahnhofstraße 6**
29028

RADEBEUL

V. Dolzewski, feine Maßschneiderei
Lager moderner Stoffe, Bahnhofstraße 25 29045

Bäckerei, Konditorei u. Café Richard Finken
Ecke Bahnhof- und Postamtstraße 29047

Autoböhm
29047

Spezialgeschäft für Lederwaren
Max Schumann, Bahnhofstraße 21
29044

Alfred Richter, Photograph
Bahnhofstraße 25 29048

Arthur Gneuß, Bahnhofstraße 22
Weine, Spirituosen, Delikatessen 29043

Max Lampc, Bahnhofstraße 8
Buch- und Musikalienhandlung
Papier- und Musikwaren 29041

Max Wähner
(vorm. Franz Rothe)
Sidonienstraße 2
Möbeltransport, Spedition
Kohlen 29042

Magd. Reineck, Sidonienstraße 11
Haarpflege-Institut, Parfümerie 29043

Albert Klunker, Drogerie
Sidonienstraße 1 (am Bahnhof) 29044

J. Diederichs, Sidonienstraße 1
Zigarren-Spezial-Geschäft 29045

Bernhard Bieber, Lutherstraße 1
Haus-, Küchengeräte u. Spielwaren 29046

Richard Weisling, Leipziger Straße 84
Tuchler- und Polstermöbel 29047

Lina Hoffmann, Bahnhofstraße 4
Lebensmittel und Getreide 29048

Kurt Hocke, Bahnhofstr. 21
Fachgeschäft
f. Solinger Stahlwaren, Schleiferei 29049

NEUSORNEWITZ I. Sa

Herm. Hahle, Förstereistraße 10
Molkerei, Landesprodukte 29051